



3. Stadtratsprotokoll / 3^{ème} procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 24. Februar 2011, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 24 février 2011 à 18 heures

Ort: Aula Primarschule Neumarkt, Logengasse 2
Lieu: Aula de l'école primaire du Marché-Neuf, rue de la Loge 2

Anwesend / Présents:

Olivier Ammann, Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Isabelle Blättler, Paul Blösch, Regula Bohnenblust-Ritschard, Urs Brassel, Patrick Calejari, Barbara Chevallier, Pablo Donzé, Samantha Dunning, René Eschmann, Monique Esseiva, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Pierre-Yves Grivel, Nathan Güntensperger, Roland Gurtner, Hanspeter Habegger, Markus Habegger, Rudolf Habegger, Werner Hadorn, Peter Isler, Caroline Jean-Quartier, Stefan Kaufmann, Hans-Ulrich Köhli, Thomas Lachat, Teres Liechti Gertsch, Fiorella Linder, Claire Magnin, Ali Menekse, Peter Mischler, Émilie Moeschler, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Peter Moser, Cédric Némitz, Alain Nicati, Pierre Ogi, Maurice Paronitti, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher, Daphné Rüfenacht, Martin Rüfenacht, Béatrice Sermet-Nicolet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Daniel Suter, Andreas Sutter, Anna Tanner, Martin Wiederkehr, Max Wiher

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Andreas Bösch, Samuel Grünenwald, Christoph Grupp, Christian Löffel, Martin Scherrer, Ariane Tonon

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Erich Fehr

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte François Contini, Hubert Klopfenstein, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

Sekretariat / Secrétariat:

Regula Klemmer, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i>	Seite/Page
27. 20100014 Erheblich erklärte Motionen und Postulate - Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates:.....	98
• Präsidialstab	98
• Finanzdirektion	98
• Sicherheitsdirektion	100
• Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion	101
• Baudirektion.....	102
28. Aktivitäten 2010 der PPP Kommission.....	114
29. 20090414 Renfer-Areal / Parzellierung und Übertragung an Verwaltungsvermögen und Strassenregister / Planung und Erschliessung / Abrechnungen Verpflichtungskredite Nr. 22000.0034 und 22000.9034.....	117
30. 20060263 PPP Projekt Stades de Bienne - Landerwerb von Erbengemeinschaft Habegger / Verpflichtungskredit / Abrechnung.....	121
31. 20090113 Landerwerb bzw. Landverkauf im Zusammenhang mit der A5 (Kanton Bern, Burgergemeinde Bözingen, Burgergemeinde Pieterlen) / Verpflichtungskredite / Abrechnung / Aufhebung Spezialfinanzierung Rückkauf Terrain Bözingenfeld	122
32. 20100382 Masterplan Aarbergstrasse / Abbrüche und Altlastenentsorgung: Nachkredit / Verkauf einer Bauparzelle.....	122
33. 20100106 Schulhaus Champagne / Sanierung Flachdächer / Verpflichtungskredit	127
34. 20100367 Silbergasse, Neugestaltung 3. Etappe, Zentralstrasse - Murtenstrasse / Strassenbau / Elektrische Leitungen	128
35. Postulat 20100184, Barbara Chevallier, Fraktion SP, "Umsetzung des Schulreglements der Stadt Biel".....	131
36. Überparteiliches Postulat 20100216, Nathan Güntensperger, GLP, Patrick Calegari, BVP, Franziska Molina, EVP, Martin Rüfenacht, FDP, "Pilotprojekt zu KITAs in Biel/Bienne - Vorgehen beim Kanton prüfen"	133
37. Motion 20100227, Teres Liechti Gertsch, Fraktion SP, "Öffentlicher Kinderspielplatz im Gebiet des Kongresshausareals"	135
38. Postulat 20100228, Nathan Güntensperger, GLP, "Liegenschaften der Stadt Biel als Standorte für Solarstrom".....	137
39. Dringliches Postulat 20100303, Alain Nicati, PRR, "Stadtratssaal in der Burg"	139
40. Postulat 20100229, Anna Tanner, Fraktion SP, "Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken".....	140
41. Motion 20100259, Max Wiher, GLP, "Für ökologisch nachhaltige Grossanlässe in Biel"	141

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur heutigen Sitzung. Auf den Tischen liegt eine Einladung zu einem ungewöhnlichen Essen in der Gassenküche auf.

Da sich Herr Grünenwald heute entschuldigen lässt, hat der Stadtrat einen Ersatzstimmzähler zu wählen. Die Fraktion Forum schlägt Ihnen Herrn Suter vor.

Abstimmung

Herr Daniel Suter wird als Ersatzstimmzähler gewählt.

27. 20100014 Erheblich erklärte Motionen und Postulate - Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

Präsidialstab

1. Postulat 2006 Barbara Schwickert/Daphné Rüfenacht / Fristverlängerung bis Februar 2012

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

Finanzdirektion

1. Motion 20060500 Christian Löffel / Abschreibung
2. Motion 20060529 Daphné Rüfenacht / Abschreibung
3. Motion 20070038 Peter Moser / Abschreibung
4. Motion 20080226 Teres Liechti Gertsch / Fristverlängerung
5. Motion 20080294 André de Montmollin / Erich Fehr / Fristverlängerung
6. Postulat 20080270 Sportkommission / Abschreibung

Postulat 20080270 Sportkommission / Abschreibung

Wiederkehr Martin, SP: Im Namen der Sportkommission danke ich dem Gemeinderat für seine intensiven Bemühungen um die Umsetzung des Postulats 20080270 "Nationaler Trainingsstützpunkt der Fechter in Biel" (Ziffer 6). Als Vizepräsident der Sportkommission konnte ich einem Anlass der Fechter beiwohnen. Im ehemaligen Zeughaus bestehen für sie optimale Voraussetzungen, die Garderoben und sanitären Einrichtungen beispielsweise sind zweckmässig.

Motion 20080226 Teres Liechi Gertsch / Fristverlängerung

Liechi Gertsch Teres, SP: Ich spreche zur Motion 20080226 "Attraktives und funktionales Foyer für das Stadttheater Biel" (Ziffer 4), für welche der Gemeinderat eine Fristverlängerung von zwei Jahren beantragt. Dieser Vorstoss wurde im Juni 2008 als Motion eingereicht. Er hat ein konkretes Anliegen, welches vom Parlament getragen wird. Das Theaterfoyer in der Burg soll aufgefrischt werden und eine Bistroecke erhalten. Die dem Parlament unterbreiteten Vorschläge sind nicht überrissen. Auf Bitte der Liegenschaftsverwaltung formulierte das Theater seine räumlichen Ansprüche schriftlich, bevor der vorliegende Vorstoss eingereicht wurde. Ebenso wurden Begehungen mit den Theaterdirektoren, Architekten und Mitarbeitenden der Liegenschaftsverwaltung durchgeführt. Ich war selber zwei Stunden vor Ort. Das Foyer ist ein viel begangener und beachteter Raum, er hat - auch für die Stadt - einen repräsentativen Charakter. Für eine bessere Nutzung ist eine Renovation jetzt unerlässlich. Der Gemeinderat schreibt in einem einzigen Satz: *"Die Suche nach einer finanziell tragbaren Lösung hat noch zu keinem Resultat geführt."* Er beantragt deshalb eine neue Fristverlängerung. Die Motion könnte damit frühestens ein halbes Jahrzehnt nach deren Einreichung erfüllt werden. Diese Frist ist meines Erachtens zu lang. Alt-Stadtpäsident Hans Stöckli stand dem Wunsch nach Renovation des Theaterfoyers skeptisch gegenüber. Er wollte den Vorstoss nur als Postulat überweisen. Der Stadtrat hielt aber an der Motion fest. Das Anliegen des Vorstosses passte der Regierung aber auch bei guter Konjunkturlage nicht. Sie versuchte, Gründe dagegen aufzuführen. Ein solcher war das Versetzen der Theaterkasse. Somit passierte nichts und sobald sich die Konjunktur abschwächte, wurden finanzielle Gründe ins Feld geführt. Als Parlament kann dem Stadtrat ein solches Vorgehen grundsätzlich nicht gefallen, auch ich kann es nicht gutheissen und im vorliegenden Fall auch nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat sollte sich dieses Projekts annehmen und den Parlamentswillen umsetzen. Die notwendigen finanziellen Mittel sind zu beschaffen. Gestern Abend wurde im Stadtrat über ganz andere finanzielle Grössenordnungen debattiert. **Ich beantrage deshalb, die vom Gemeinderat vorgeschlagene Fristverlängerung um ein Jahr zu verkürzen (bis Februar 2012).** Dies mit dem Ziel, dass das Parlament 2012 erfährt, wie die Auffrischung des Theaterfoyers vorangetrieben werden soll.

Fehr Erich, Finanzdirektor: Ich möchte mit dem Angenehmen beginnen und das Votum von Herrn Wiederkehr verdanken. Ich werde seine Worte an diejenigen weiterleiten, die sich für das Fechtzentrum eingesetzt haben. In der Tat konnte mit bescheidenen Mitteln etwas Zweckmässiges realisiert werden. Eine bestehende Lokalität konnte sinnvoll umgenutzt werden. Dies zeigt, dass sich mit gutem Willen und wenig finanziellen Mitteln tolle Projekte für den Breiten- und Nachwuchssport umsetzen lassen.

Zum Theaterfoyer: Nicht nur der frühere Finanzdirektor hatte mit diesem Anliegen Mühe, sondern auch der neue. Ich kann Ihnen nicht einfach zusichern, dass die formulierten Ideen nächste Woche umgesetzt werden. Frau Liechi Gertsch muss ich klar widersprechen, wenn sie behauptet, die nötigen Mittel seien einfach zu beschaffen und das finanzpolitische Argument zähle nicht. Im Moment erzielt die Stadt als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise klar weniger Einnahmen. Zudem hat sie als Folge eben dieser Krise und unter anderem wegen der Revision der Arbeitslosenversicherung mehr Ausgaben zu bewältigen. In diesem Spagat ist nicht

alles Wünschenswerte sofort machbar. Ich bitte um Verständnis, wenn heute Prioritäten gesetzt werden müssen. Im Fall des Theaterfoyers bin ich überzeugt, dass dieser Raum auch heute noch funktionsfähig und sachdienlich ist und die Stadt noch einen Moment damit leben kann. Dazu kommt, dass diesen Sommer die neue Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn (TOBS) gegründet werden wird. Ich gehe davon aus, dass mit einer neuen Organisation auch neue Bedürfnisse entstehen. Deshalb denke ich, dass eine Verkürzung der Frist auf ein Jahr falsch wäre. Sehr wahrscheinlich weiss der Gemeinderat in einem Jahr noch nicht, welche Umbauten Sinn machen. Auch die Entwicklung der finanziellen Situation ist in zwei Jahren besser abschätzbar. Ich mache dem Stadtrat beliebt, dem Gemeinderat zu folgen und die Fristverlängerung um zwei Jahre zu gewähren.

Abstimmung

- **über den Änderungsantrag von Frau Liechti Gertsch, die Fristverlängerung für die Motion 20080226 um ein Jahr bis Februar 2012 zu verkürzen**

Der Antrag wird gutgeheissen.

- **über den Beschlussesentwurf inklusive der gutgeheissenen Änderung:**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. Dezember 2010, gestützt auf Art. 42 bzw. 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Die Motion 20060500, Christian Löffel, EVP, "Ersatz der Zentralschiessanlage", wird abgeschrieben.
2. Die Motion 20060529, Daphné Rüfenacht, Grüne Biel, "MINERGIE-Standard bei Abgabe von Stadtland im Baurecht" wird abgeschrieben.
3. Die Motion 20070038, Peter Moser, Forum Biel-Bienne "Erneuerbare Energie für das PPP-Projekt Stades de Bienne und die Industrie Bözingenfeld-West wird abgeschrieben.
4. Die Frist zur Erfüllung der Motion 20080226, Teres Liechti Gertsch und SP Fraktion, "Attraktives und funktionales Foyer für das Stadttheater Biel" wird bis Februar 2012 verlängert.
5. Die Frist zur Erfüllung der Motion 20080294, André de Montmollin und Erich Fehr, SP-Fraktion, "Für eine Erneuerungsstrategie der Baurechte zugunsten der Baugenossenschaften" wird bis August 2012 verlängert.
6. Das Postulat 20080270, Sportkommission, "Nationaler Trainingsstützpunkt der Fechter in Biel" wird abgeschrieben.

Sicherheitsdirektion

1. Postulat 20070271 Daphné Rüfenacht / Peter Isler / Peter Moser / Fristverlängerung
2. Motion 20080263 Peter Moser / Fristverlängerung
3. Motion 20080264 Daphné Rüfenacht / Peter Isler / Peter Moser / Abschreibung

4. Postulat 20080269 Daphné Rüfenacht / Peter Isler / Peter Moser / Fristverlängerung
5. Postulat 20080298 Patrick Calegari / Pascal Fischer / Fristverlängerung
6. Postulat 20080302 / Pierre-Yves Grivel / Abschreibung
7. Postulat 20080331 Peter Isler / Niklaus Baltzer / Abschreibung resp. Fristverlängerung

Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion vous recommande d'accepter les propositions du Conseil municipal avec une demande concernant le point 2, Motion 20080263, Peter Moser, FDP, "Concept d'utilisation de caméras vidéo". Au vu du sujet et des importants débats qui vont probablement avoir lieu, nous demandons à la Directrice de la sécurité de nous fournir une planification de ces débats.

Schwickert Barbara, Sicherheitsdirektorin: Der Grundsatzgedanke zur Videoüberwachung würde im Polizeireglement verankert. Das Parlament wird dementsprechend bei dessen Revision Einfluss nehmen können. Die GPK weiss, dass die Frist für diese Revision ursprünglich kürzer angesetzt war, nämlich bis August 2011. Mittlerweile hat sich aber gezeigt, dass vor der Debatte im Stadtrat eine Vernehmlassung bei den Parteien sinnvoll wäre. Deshalb hat der Gemeinderat entschieden, das neue Polizeireglement im März 2011 im Gemeinderat zu traktandieren. Die Vernehmlassung bei den Parteien kann danach bis zu den Sommerferien durchgeführt werden. Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass die Videoüberwachung nur ein Aspekt dieses überarbeiteten Polizeireglements ist. Nach der Vernehmlassung wird der Gemeinderat nochmals darüber befinden. Es wird also sicher Herbst 2011, bis das Reglement im Stadtrat behandelt werden kann. Eine interne Vernehmlassung fand bereits statt. Auch eine Vorprüfung durch den Kanton wurde verlangt. Der politische Prozess beginnt jetzt, und der Gemeinderat möchte die Parteien darin einbinden.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich mache den Stadtrat darauf aufmerksam, dass beim Postulat 20070271 die Frist nicht richtig angegeben ist. Fristverlängerungen können immer nur per August oder Februar verlangt werden. Richtig wäre deshalb "*...wird eine Fristverlängerung bis **Februar** 2012 gewährt.*"

Abstimmung

Die Anträge des Gemeinderats werden vom Stadtrat nicht bestritten.

Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion

1. Postulat 20070399 Thomas Lachat / Abschreibung
2. Postulat 20080168 Barbara Schwickert / Fristverlängerung
3. Postulat 20080424 Ariane Tonon / Fristverlängerung
4. Postulat 20090026 Martin Wiederkehr / Abschreibung
5. Postulat 20090028 Claire Magnin / Abschreibung

Morier-Genoud Michèle, au nom de la Commission de gestion: A nouveau, la Commission de gestion vous recommande d'accepter les propositions du Conseil

municipal concernant la majorité des interventions présentes dans ce texte, à l'exception du point 3, Postulat 20080424, Ariane Tonon, Verts Bienne, "Suppression des classes d'accueil romandes". Il y a une erreur dans la proposition de prolongation de délai: il ne s'agit pas de janvier 2013, **mais de février 2012.**

Dunning Samantha, au nom du Groupe socialiste: Concernant le point 1, Postulat 20070399, Thomas Lachat, SP, "Petit-déjeuner sain dans les écoles biennoises", le Groupe socialiste accepte de radier du rôle ce postulat, mais cette thématique mériterait d'être débattue au sein de la Commission pour la santé à l'école, fraîchement créée. Des lignes directrices pourraient être proposées aux écoles, qui les appliqueraient dans le cadre de leur projet d'établissement. Pour favoriser le modèle des petits-déjeuners sains, déjà mis en œuvre dans certaines écoles, serait-il possible de donner aux écoles l'opportunité de rémunérer une personne, par exemple le ou la concierge, en ajoutant à leur cahier des charges la préparation des dix heures avant la pause? L'idée est, bien entendu, de laisser le choix aux écoles de s'organiser comme elles le désirent.

Abstimmung

- **über den Änderungsantrag der GPK, die Fristverlängerung für das Postulat 20080424 auf Februar 2012 zu verkürzen.**

Der Antrag wird gutgeheissen.

- **über den Beschlussesentwurf inklusive der gutgeheissenen Änderung:**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. Dezember 2010, gestützt auf Art. 42 bzw. 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Das Postulat 20070399, Thomas Lachat, SP: "Gesundes Znüni an den Bieler Volksschulen" wird als erfüllt abgeschrieben.
2. Die Frist für das Postulat 20080168, Barbara Schwickert, Grüne: "Tagesschulen in Biel" wird bis August 2011 verlängert.
3. Die Frist für das Postulat 20080424, Ariane Tonon, Grüne Biel: "Schliessung der französischsprachigen Empfangsklassen" wird bis Februar 2012 verlängert.
4. Das Postulat 20090026, Martin Wiederkehr, SP-Fraktion: "Der Bildungsstandort Biel/Bienne darf nicht weiter geschwächt werden" wird als erfüllt abgeschrieben.
5. Das Postulat 20090028, Claire Magnin, Grüne Biel: "Ein Treffpunkt für junge Frauen und Mädchen" wird als erfüllt abgeschrieben.

Baudirektion

Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion: Comme toujours, la Direction des travaux publics a un certain nombre d'objets à traiter, mais évidemment, elle reçoit aussi beaucoup de motions et de postulats, qui lui demandent du temps pour pouvoir être travaillés et le cas échéant, liquidés. La Commission de gestion s'est penchée évidemment sur ce dossier et a quelques remarques à formuler.

Au point 9, Postulat 20080228, Urs Grob, Groupe UDC, "Bases KBOB pour les contrats d'entreprise": étant donné que ce postulat concerne également d'autres directions et non seulement la Direction des travaux publics, la Commission de gestion se demande comment intégrer les autres directions ou alors ce postulat ne devrait-il pas être transféré à la Mairie, pour que la coordination de cette affaire soit gérée par la Chancellerie?

Concernant le point 10, Postulat 20080265, André de Montmollin, Groupe socialiste, "Pour une zone de rencontre aux abords du Centre hospitalier", la Commission de gestion s'est posée la question suivante: des mesures provisoires pourraient-elles être envisageables, afin d'améliorer rapidement la situation existante, qui n'est pas forcément la meilleure, avant que le nouveau raccordement à l'hôpital puisse être réalisé?

Au point 13, Postulat urgent interpartis 20080376, Barbara Tanner, Groupe socialiste, Claire Magnin, Groupe Verts Bienne, "A5 – Répercussions de l'absence de raccordement Bienne-Centre", il semble qu'il existe un rapport. La Commission de gestion aimerait bien le voir ou alors, au moins que la Commission A5 le reçoive. Ainsi, le postulat pourrait être effectivement radié du rôle.

Concernant le point 16, Motion 20080379, Carine Zuber, Groupe socialiste, "Sécurité accrue pour les cyclistes dans les passages sous-voies à Bienne", il en va un peu de même que pour le postulat précédent. On parle d'un rapport. Là aussi, il serait judicieux de pouvoir distribuer ce rapport, afin de faire avancer le dossier.

Je vais maintenant changer de statut et ne peux plus m'exprimer au nom de la Commission de gestion, mais en qualité de motionnaire. Point 4, Postulat 20040601, Commission de gestion, "Assainissement de la maison du concierge et des toilettes publiques du Parc municipal": cette belle demeure a besoin d'un assainissement urgent. Il faudra peut-être encore une année pour la réalisation. L'objectif est au moins de prévoir la planification financière, d'où la question de la Commission de gestion: quand cet assainissement sera-t-il réalisé et quel sera l'utilisation de ce bâtiment?

La Commission de gestion vous propose d'accepter les propositions du Conseil municipal.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Concernant le point 11, Postulat 20080267, Muriel Beck Kadima, Verts Bienne, "Développement urbain global en application des critères desdits projets urbains", le Groupe des Verts propose de refuser la prolongation de délai, qui serait fatale au projet. En effet, pour le programme des projets urbains, un appel d'offres se déroulera ce printemps et si le Conseil de ville accepte une prolongation de délai d'une année, le projet sera abandonné. Le programme des projets urbains serait quelque chose de positif pour l'image de la Ville. Cela permettrait de toucher des fonds de la Confédération et permettrait aussi aux différentes directions de collaborer. Suite à des contacts positifs avec des collaborateurs de la Direction des travaux publics et de la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, le Groupe des Verts propose de transférer ce postulat à la Mairie, étant donné qu'il touche plusieurs directions.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich verstehe nicht, welchen Antrag die Fraktion Grüne Biel stellt. Soll das Postulat direkt abgeschrieben werden? (*Protest aus dem Saal*)

Donzé Pablo, Les Verts Bienne: Pour des raisons formelles, le Groupe des Verts demande **une prolongation de délai de six mois.**

Nicati Alain, au nom du Groupe Forum: Le point 12, Postulat 20080268, Alain Nicati, Forum Biel/Bienne, "Giratoire à la place de la Croix" est radié du rôle comme étant réalisé. Non, il est radié du rôle, point final! On a l'impression, que la tête de certains juristes est construite comme un ordinateur: si je donne les trois premiers mots, ils finissent la phrase! Lorsque le Conseil municipal ne peut pas réaliser quelque chose, il dit qu'il faut radier l'objet du rôle comme étant réalisé. Non, il faut parler français, même si on est juriste: il faut radier l'objet du rôle, un point c'est tout! Alors soyons conséquents et ne transformons pas nos juristes en ordinateurs!

Stöckli Schwarzen Heidi, Fraktion SP: Ich möchte mich zu folgenden Vorstössen äussern:

- Postulat 20040601, GPK "Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks" (Ziffer 4)
- Motion 20060526, Barbara Koch, "Sanierung oder Neubau Plänke-Turnhalle" (Ziffer 6)
- Motion 20080378, Heidi Stöckli Schwarzen "Sofort mehr Sicherheit für die Velofahrenden" (Ziffer 15)

Zum Postulat 20040601: Seit mehr als zehn Jahren sucht der Gemeinderat nun Nutzende für das Gebäude, um es entsprechend zu sanieren. Der bauliche Zustand des Hauses ist lamentabel, die Wände sind versprayed und doch passiert nichts. Der Vorstoss ist bereits fünf Jahre alt und nun soll die Frist nochmals verlängert werden. Die Fraktion SP stimmt der Fristverlängerung zu, da die Sanierung des Pförtnerhauses in der Investitionsplanung 2011-2012 aufgeführt ist. Zudem ist der Erstunterzeichner der Motion, Erich Fehr, nun Stadtpräsident. Diese beiden Tatsachen stimmen die SP zuversichtlich.

Zur Motion 20060526: Im Bericht des Gemeinderats wird von Optimierung und Redimensionierung geschrieben. Ich möchte wissen, was darunter zu verstehen ist. Handelt es sich um einen Rückzug in Raten? Ist es eine Kapitulation vor potenter Einsprecherenschaft? Ist das geplante Oberflächenprojekt durch diese Redimensionierungen bei der Turnhalle ebenfalls betroffen oder wird es gar auf die lange Bank geschoben?

Zur Motion 20080378: Die Fraktion SP ist zufrieden mit der Umsetzung dieser Motion. Die baulichen Änderungen haben für die Sicherheit in der Unterführung Madretsch-/Mettstrasse viel gebracht. Einzig bei der Einfahrt aus Richtung Mett kann noch gefährlich überholt werden. Unter der Bedingung, dass die Baudirektion die Unterführung regelmässig überprüft und die kaputten Kunststofflappen auf der Mittellinie regelmässig ersetzt, ist die Fraktion SP bereit, die Motion abzuschreiben.

Grivel Pierre-Yves, au nom du Groupe Forum: Au point 8, je suis satisfait de voir que le postulat 20070402, Pierre-Yves Grivel, Forum Biel/Bienne, "Halle actuelle de

curling: démolition ou réutilisation" soit prolongé jusqu'en février 2012, ce qui veut dire, que le Conseil municipal est optimiste comme moi, à savoir que la décision concernant les stades de Bienne devrait être tombée d'ici là. Si cela ne devait pas être le cas, les querelles resteront alors sous le même toit encore longtemps, ce que je ne souhaite pas!

Calegari Patrick, PPB: Concernant le point 7, Motion urgente 20070036, Patrick Calegari, UDC, "Vestiaires au complexe sportif de la Champagne: remplacement immédiat", je suis étonné, que ce point ne préoccupe pas du tout la Commission de gestion depuis six ans. Cette motion a été acceptée par le Conseil de ville, mais elle n'a pas été prise en considération. Les choses traînent et la Commission de gestion ne réagit pas. Je suis très, très déçu, que la Commission de gestion ne se soit pas exprimée une seule seconde sur ce point. Je m'exprime donc encore une fois en tant que motionnaire. J'aurais envie de retirer cette motion et dire: *"Faites ce que vous voulez, je ne veux pas m'énerver davantage"*. Mais je ne peux pas, car des centaines de jeunes utilisent ces vestiaires tous les jours, qui sont une honte!

Le 8 octobre 2010, un magnifique article d'une page entière a paru dans le Journal du Jura, écrit par Monsieur Bologna. Je ne sais pas si Monsieur Klopfenstein lit les journaux en français, mais c'est la honte. En 2007, cette motion avait été acceptée et aujourd'hui, rien n'est fait. La Ville propose au FC Azzurri les vestiaires de l'école le samedi et le dimanche. Mais pendant la semaine, où les footballeurs se changent-ils? Ils restent à la maison, parce ces vestiaires ne sont plus utilisables! Allez donc visiter ces vestiaires. Monsieur le Conseiller municipal, si vous avez la conscience tranquille, faites-le! **Je vous demande maintenant de réduire la prolongation de délai uniquement d'une année, c'est à dire jusqu'au 28 février 2012.** Mais, c'était déjà le cas l'année passée et le Conseil de ville m'avait soutenu. Monsieur Klopfenstein faites quelque chose, au moins du provisoire!

Hadorn Werner, SP: Ich spreche zum Postulat 20080268, Alain Nicati, "Kreisel am Kreuzplatz" (Ziffer 12): Zuerst möchte ich erwähnen, dass im deutschen Text nicht steht "... als erfüllt abzuschreiben", sondern bloss "... abzuschreiben". Ich verstehe die Kritik von Herrn Nicati nicht ganz. Dieses Geschäft ist uralt. Ich kann mich daran erinnern, dass bereits Anfang 1990er-Jahre darüber diskutiert wurde, am Kreuzplatz einen Kreisel zu bauen. Dieser Vorschlag wurde damals abgelehnt, da Kreisel noch nicht so üblich waren, Bedenken wegen des Bus- und Veloverkehrs bestanden und ich nehme an, dass auch die Lobby der Ampelindustrie Einfluss nahm. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass am Kreuzplatz ein Kreisel möglich und sinnvoll, ja sogar besser als die jetzige Situation wäre. Die Begründung des Gemeinderats sehe ich nicht ein. Warum soll ein Zusammenhang mit der A5 bestehen? Ein Kreisel kann auch viel Verkehr bewältigen. Ändert es etwas, wenn nun bis zur Realisierung der A5 gewartet wird? Auf diese Frage erwarte ich eine Antwort. **Ich stelle den Antrag, dieses Postulat nicht abzuschreiben, sondern nur bis Februar 2013 zu verlängern.** Wahrscheinlich muss die Frist dann nochmals verlängert werden, ich hatte aber einmal einen Vorstoss, bei dem bis zur Beantwortung zwölf Jahre vergingen!

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Au point 13, Postulat urgent interpartis 20080376, Barbara Tanner, Groupe socialiste, Claire Magnin, Groupe Verts Bienne, "A5 – Répercussions de l'absence de raccordement Bienne-Centre",

nous avons demandé un rapport. Dans la réponse, le Conseil municipal nous a dit qu'une autre solution avait été choisie. Donc, ce postulat est radié du rôle comme étant réalisé. Non, le Conseil municipal a choisi une autre solution et il pense qu'il n'est pas très utile de faire un rapport. Mais alors, qu'il le dise avec plus de sincérité! Je ne veux pas donner plus de travail à l'Administration, mais il ne faut pas dire que le postulat est réalisé. **Je propose de prolonger le délai de ce postulat jusqu'en février 2013.**

Strobel Salome, SP: Ich habe eine Anmerkung zum Postulat 19980248, Philippe Garbani, "Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer auf dem Kreuzplatz" (Ziffer 1): Im städtischen Veloroutennetz ist der Kreuzplatz ein schwarzer Fleck. Einzelne Massnahmen wurden wo möglich getroffen, aber eben nur wo möglich. Noch immer ist die Fahrt mit dem Velo über den Kreuzplatz ein Höllenritt. Wer von der Bruggstrasse her Richtung Zentralstrasse fahren will und dazu links einspurt, muss gut aufpassen, um sich nicht abdrängen zu lassen. Der Zusammenhang mit der Lichtsignalanlage wurde mir erst bei der Begründung des Postulats 20080268, Alain Nicati, Kreisel am Kreuzplatz klar. Um die Situation der Velofahrenden zu verbessern, müsste die Nord-Süd-Achse mit der Verbindung Gartenstrasse so rasch als möglich fertiggestellt werden. Nur so kann der Kreuzplatz umfahren und den Velofahrenden eine sichere Alternative geboten werden. Deshalb müsste dieses Projekt so rasch als möglich vorangetrieben und vollendet werden. Nur unter dieser Voraussetzung kann ich der Abschreibung des Postulats 19980248, Philippe Garbani, Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer auf dem Kreuzplatz zustimmen.

Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion: J'aimerais répondre en tant que représentant de la Commission de gestion à Monsieur Calegari. Monsieur Calegari, sauf erreur, vous avez démissionné de la Commission de gestion. Donc, vous auriez pu être à ma place. Ma foi tant pis, c'était votre choix. Je ne vais pas le juger ou le critiquer. Quel est le rôle de la Commission de gestion? Doit-elle faire de la politique ou doit-elle analyser un rapport, pour savoir si la réponse est juste, plausible et complète? Les explications données dans le rapport ont été convaincantes pour la Commission de gestion et c'est pour cette raison qu'il n'y a pas eu de commentaire. Mais de toute manière, si l'on veut être juste, le point 5 de l'ordre du jour (motions et postulats adoptés) ne devrait même pas exister, car deux ans pour livrer les rapports ou lancer les projets devraient être suffisants pour pouvoir radier du rôle tous les objets.

Ogi Pierre, au nom du Groupe socialiste: Monsieur Calegari, vous avez défendu une mauvaise cause. Vous défendez les enfants biennois et cela n'intéresse pas la Direction des travaux publics. S'il s'agissait d'une autoroute au milieu de la Ville ou de voitures circulant à 180km/h, il n'y aurait pas de problèmes. Mais, lorsqu'il s'agit d'êtres humains, c'est une autre question. Vous vous rendez compte, six à sept ans d'attente? Ma motion, 20030309, "Construction d'un trottoir à la rue Lindenhof" date de 2003, vous vous rendez compte? Tout le monde peut se faire écraser à la rue Lindenhof, cela n'a aucune importance! Quand j'ai déposé ma motion, naïvement j'ai pensé que c'était pour le bien-être de la population. Depuis Mâche, les promeneurs passent la rue Lindenhof et partent en forêt. Le Conseil municipal, dans sa grande sagesse, a mis des lignes jaunes et a dit que c'était satisfaisant. Qui a dit que c'était satisfaisant? Pas moi, personne du quartier, mais la Direction des travaux publics ne sait peut-être même pas où se trouve la rue Lindenhof! Il est noté dans le rapport:

"Compte tenu des questions pour le moment encore ouvertes concernant la construction d'une installation d'athlétisme aux Marais de Mâche et de l'éventuel réaménagement de la rue y relatif, l'on renonce actuellement à construire un trottoir le long de la rue Lindenhof". Tout est éventuel! Si la Direction des travaux publics ne voulait pas faire une installation d'athlétisme, elle aurait trouvé autre chose, seulement pour ne pas avoir à construire un trottoir!

C'est extraordinaire, ce bout de terrain de la rue Lindenhof, qui mesure 160 mètres, doit avoir une valeur exceptionnelle pour la Direction des travaux publics. J'ai même entendu des échos hier soir, que Monsieur Klopfenstein allait certainement proposer à la séance du Conseil municipal de demain, dans les divers, d'inscrire la rue Lindenhof au patrimoine mondial de l'Unesco! Mais, la Direction des travaux publics ne sait peut-être pas où commence la rue Lindenhof. Jadis, il y avait des gens intelligents, qui ont commencé à construire un bout de trottoir dans le virage, en pensant que plus tard on pourrait le continuer. Mais, je pense qu'à la Direction des travaux publics, ils ne savent pas où continuer. Je rejoins Monsieur Némitz, qui disait hier soir, que les traductions étaient mauvaises. La Direction des travaux publics trouve un prétexte en disant qu'on pourrait peut-être construire un stade d'athlétisme. La véritable traduction c'est: Monsieur Ogi est con comme un balai, on lui raconte n'importe quoi et puis il va y croire comme tout le reste du Conseil de ville! La Direction des travaux publics ne cherche même pas une réponse crédible. Hier soir, le Conseil de ville a accepté un crédit de 54 mio. fr. Le prix du fer a tellement augmenté et va encore augmenter jusqu'à ce que les travaux du Parking du Palais des Congrès commencent et il y aura 2 à 3 mio. fr. de plus, seulement pour mettre du fer dans ce parking! Cela n'a aucune importance, mais pour la population de Bienne, on ne fait rien du tout! Que s'est-il construit à Mâche pendant vingt ans? Le réaménagement de la place d'Orpond, où il fait tellement chaud au mois de juin, juillet et août, qu'il n'y a plus personne qui prend le bus. Ils vont tous deux stations plus loin ou deux stations avant! Mais, que fait alors notre Direction des travaux publics Monsieur Calegari? Un panneau à la route de Mâche, pour pourrir la vie à tous les automobilistes du quartier. Il y a 20'000 habitants dans ce quartier et pour ce quartier, un million c'est trop pour les 20, 50 et 70 prochaines années!

Systématiquement, la Direction des travaux publics méprise, non seulement le motionnaire mais aussi le Conseil de ville, qui m'avait soutenu et également la population de Mâche. Le ras-le-bol est véritablement là. Cela fait huit ans que je recherche des arguments et que je m'énerve. Chaque fois que je vais visiter les propriétaires des jardins familiaux, on me demande: *"Quand pouvons-nous espérer voir la construction de ce trottoir?"*. Il y a des gens qui sont payés pour cela et qui ne font rien! Enfin, ils travaillent très certainement, mais ils ne travaillent pas pour la population. Ils travaillent pour eux, pour leur prestige, mais certainement pas pour le prestige de la Ville. J'aurais construit ce trottoir, avec mes collègues de travail des Espaces verts et cimetières, en deux hivers!

Je me suis aussi posé la question de savoir, s'il serait nécessaire de devoir expulser les propriétaires du terrain. Il n'y a même pas besoin d'expulsion car le terrain appartient à la Ville. Je suis allé voir sur place cet après-midi. Ce qu'il y a d'extraordinaire, c'est qu'il serait possible de passer directement sur le champ. Il faudrait enlever 40 cm de terre, mettre une couche de fond, du goudron, des copeaux et des aiguilles de sapin et ensuite, Monsieur Güntensperger, spécialiste pieds nus,

pourrait même tester le chemin. **Je demande de prolonger le délai de réalisation de trois mois pour la motion 20030309.**

Lachat Thomas, Président du Conseil de ville: Monsieur Ogi, un délai de trois mois n'est pas possible, **il faut un délai de six mois, c'est à dire août 2011.**

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Zuerst möchte ich aufzeigen, wie die Situation bei den Investitionen aussieht. Auf der Baudirektion gehen immer am meisten Vorstösse ein. Dabei ist jedem Stadtratsmitglied sein Projekt das wichtigste. Deshalb möchte ich nun die finanzielle Seite beleuchten. Der Baudirektion stehen für die Investitionsplanung bis 2013 nur noch CHF 21 Mio. zur Verfügung, nicht mehr CHF 40 oder 45 Mio. wie in früheren Jahren, vor allem im Schulbereich stehen grosse Projekte an. Mit CHF 21 Mio. können aber nur eine Turnhalle, ein schulischer Erweiterungsbau sowie ein halber Kreisel realisiert werden. Auch der Unterhalt der Schulhäuser darf dabei nicht vergessen gehen. Es müssen also gewisse Prioritäten gesetzt werden. Ich bitte den Stadtrat um Verständnis dafür, dass die Baudirektion nicht einfach CHF 300'000 oder 400'000 in weniger wichtige Projekte investieren kann. Es ist nicht böser Wille der Baudirektion, wenn einzelne Projekte nicht angegangen werden, vielmehr ist dies durch die finanzielle Lage der Stadt bedingt.

Zu den einzelnen Vorstössen:

Postulat 19980248, Philippe Garbani, "Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer auf dem Kreuzplatz" (Ziffer 1): Gemeinderat wie auch der Verkehrsdelegierte sind der Meinung, dass sich die Situation mit der neuen Lichtsignalanlage und separaten Radspuren verbessert hat. Es bestehen separate Radspuren. Wunder können keine vollbracht werden, ich versichere Frau Strobel aber, dass die dritte Etappe Gartenstrasse angegangen wird. Diese ist etwas komplizierter als die Etappen eins und zwei. Sie ist aber in der Investitionsplanung vorgesehen.

Motion 20030309, Pierre Ogi, "Erstellen eines Trottoirs an der Lindenhofstrasse" (Ziffer 2): Herr Ogi, ein Trottoir kostet einfach CHF 400'000.-! Der Bau dieses Trottoirs hängt mit der zukünftigen Leichtathletikanlage zusammen. Solange noch nicht klar ist, ob und wo diese Anlage gebaut wird, macht es wenig Sinn, dieses Trottoir jetzt zu bauen. Natürlich kann dies jetzt verlangt werden, das Geld fehlte dann aber anderswo. Deshalb bitte ich nochmals um eine Fristverlängerung von einem Jahr. Sechs Monate sind zu kurz, um alle nötigen Abklärungen zu treffen, zumal es um grosse Beträge geht.

Postulat 20040601, GPK, "Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks" (Ziffer 4): In der Investitionsplanung sind CHF 100'000.- für die Projektierung dieser Sanierung vorgesehen. Der Umbau mit allen denkmalpflegerischen Auflagen wird sich jedoch auf CHF 1,5 Mio. belaufen, ohne dass das Haus einer konkreten Nutzung zugeführt werden kann! Dieses Geld fehlte dann bei der Sanierung der Schulhäuser.

Motion 20060526, Barbara Koch, "Sanierung oder Neubau der Plänke-Turnhalle" (Ziffer 6): Der Gemeinderat möchte eine Normturnhalle realisieren. Dazu muss der Zonenplan angepasst werden. Gegen diesen zeichnet sich massiver Widerstand ab. Die Mitwirkung ergab aber, dass die Nachbarschaft mit dem Projekt leben kann, wenn die Turnhalle etwas tiefer gesetzt wird. Dadurch werden die Kosten allerdings

ansteigen, doch die Auflagen des Zonenplans können dadurch eingehalten werden. Der Aussenraum der Schulanlage wird aber nicht tangiert. Nun sind gute Wettbewerbsideen der Architekten gefragt. Die Baudirektion bleibt also dran.

Motion 20070036, Patrick Calegari, "Garderoben Sportanlagen Champagne: Sofortiger Ersatz" (Ziffer 7): Natürlich beschloss der Stadtrat, diese Garderoben zu realisieren. Auch sie hängen jedoch mit der Verschiebung der Leichtathletikanlage und den Plänen für das Gygaxareal zusammen. Ein Entscheid zur Leichtathletikanlage soll in den nächsten zwei Jahren gefällt werden. Damit nun nicht etwas gebaut wird, was später nicht benötigt wird, ist die Fristverlängerung um zwei Jahre nötig. Ich bitte um Zustimmung und um Geduld.

Postulat 20080228, Urs Grob, "Werksvertragsgrundlagen KBOB (Koordination der Bau- und Liegenschaftsorgane des Bundes)" (Ziffer 9): Der GPK möchte ich antworten, dass ich der Meinung bin, dass dieses Geschäft bei der Baudirektion am richtigen Platz ist, da auch das Aufsichts- und Vergabewesen hier angesiedelt sind und die dafür zuständigen Personen dort arbeiten.

Postulat 20080265, André de Montmollin, "Für eine Begegnungszone in der näheren Umgebung des Spitalzentrums" (Ziffer 10): Sobald die Nordzufahrt zum Spital realisiert wird, kann das Quartier vom Verkehr befreit und eine Gesamtplanung angegangen werden. Dies könnte in zwei bis drei Jahren der Fall sein. Da auch Provisorien viel kosten, rate ich von einer sofortigen Realisierung ab und ich bitte um die vom Gemeinderat vorgeschlagene Fristverlängerung.

Postulat 20080267, Muriel Beck Kadima, "Ganzheitliche Stadtentwicklung in Anwendung der Kriterien der "Projets urbains"" (Ziffer 11): Die Frage von Herrn Donzé, ob dieses Postulat bei der Baudirektion richtig aufgehoben ist, ist an sich berechtigt. Vermutlich war die Baudirektion tatsächlich nicht die richtige Stelle für die Umsetzung. Morgen wird im Gemeinderat über eine andere Zuweisung dieses Vorstosses diskutiert. Dies ändert jedoch nichts an der Fristverlängerung. Die verlangten sechs Monate sind zu kurz, um ein so komplexes Anliegen umzusetzen, welches immerhin ein Schwerpunktthema des Gemeinderats darstellt.

Postulat 20080268, Alain Nicati, "Kreisel am Kreuzplatz" (Ziffer 12): Der Postulant kann mit der Abschreibung leben. Der Zusammenhang mit der A5 ist der Folgende: sobald der Ostast offen ist, wird die Madretschstrasse wesentlich vom Verkehr entlastet. Dann kann ein normaler Kreisel realisiert werden. Beim heutigen Verkehrsaufkommen müsste ein so komplizierter Kreisel gebaut werden, dass er momentan gar nicht realisiert werden könnte. Sobald der Ostast offen ist, kann aber ein funktionierender Kreisel geplant werden. Deshalb bitte ich auch um Abschreibung des Vorstosses.

Motion 20080378, Heidi Stöckli Schwarzen, "Sofort mehr Sicherheit für die Velofahrenden" (Ziffer 15): Ich bin froh, dass die Massnahmen gewürdigt werden. Die Situation bei der Unterführung Madretsch-/Mettstrasse verbesserte sich laut Rückmeldungen von Velofahrenden. Die Kunststofflappen stellen aber ein Problem dar, da sie immer wieder durch Lastwagen beschädigt werden. Ich werde diese Lappen dennoch regelmässig kontrollieren lassen und die kaputten ersetzen, dies kann ich Frau Strobel zusichern.

Damit habe ich alle Fragen beantwortet. Ich bitte um Verständnis, dass die Investitionsplanung für die Baudirektion nur noch die wichtigsten Investitionen erlaubt. Gewisse Prioritäten müssen gesetzt werden.

Abstimmung

- **über den Änderungsantrag von Pierre Ogi (PSR), zu Punkt 2 des Beschlussesentwurfs (Motion 20080309, Pierre Ogi, "Erstellen eines Trottoirs an der Lindenhofstrasse") lediglich eine Fristverlängerung bis August 2011 zu gewähren.**

Der Änderungsantrag wird gutgeheissen.

- **über den Änderungsantrag von Patrick Calegari (BVP) zu Punkt 7 des Beschlussesentwurfs (Motion 20070036, Patrick Calegari, "Garderoben Sportanlage Champagne: Sofortiger Ersatz") lediglich eine Fristverlängerung bis Februar 2012 zu gewähren.**

Calegari Patrick, Fraktion BVP plus: Ich möchte mich entschuldigen, wenn ich das Wort nochmals ergreife. Vorhin war ich etwas aufgeregt und ich versuche nun, ruhig zu bleiben. Die Mitglieder des Stadtrats sind vom Volk gewählt. Dieses wählt eine Person, weil es diese kennt. Der Stadtrat ist gut durchmischt, es hat StudentInnen, RentnerInnen, Urgrossväter, Studierende, Automechaniker. Als junger Politiker reichte ich diese Motion ein und machte vielleicht Kommafehler oder drückte mich zu wenig klar aus. Im ersten Satz verlangte ich jedoch, dass ein Provisorium erstellt wird, falls die Garderoben noch nicht definitiv realisiert werden können. Der Stadtrat unterstützte dies. Wer sich daran erinnern kann weiss noch, dass beim alten Flugplatzareal ein Provisorium mit Containern errichtet wurde. Ich spielte dort viele Jahre Firmenfussball und es ging immer gut. Ein solches Provisorium kostet auch nicht alle Welt. Als Motionär hätte ich es verstanden, wenn 2007 ein solches Provisorium hingestellt worden wäre, so wie es die Motion verlangt. So hätte heute gar nicht über eine Fristverlängerung diskutiert werden müssen: Die Sportanlage Champagne wäre heute gut nutzbar. Wenn in zwei oder drei Jahren ein Superprojekt vorliegen sollte, wäre der Stadtrat sicher froh, wenn bereits seit sechs Jahren ein ausreichendes Provisorium stehen würde. Ein Provisorium hätte mir gereicht und ich bin überzeugt, dass es auch dem Stadtrat gereicht hätte. Aber nicht einmal dort ist ein Hauch von Wille oder eine Antwort spürbar, welcher ein Lichtblick sein könnte, indem er sagen würde: "On a étudié la version d'un container provisoire, on a un projet qui coûte tant et ensuite, c'est au Conseil de ville de décider s'il veut dépenser 250'000 fr. ou 300'000 fr.". Mehr verlange ich nicht. Ich bitte den Herrn Gemeinderat, mich nicht wegen Formulierungsfehlern zu rügen.

Der Änderungsantrag wird gutgeheissen.

Abstimmung

- über den Änderungsantrag von Pablo Donzé (Grüne Biel) zu Punkt 11 des Beschlussesentwurfs (Postulat 20080267, Muriel Beck Kadima, "Ganzheitliche Stadtentwicklung in Anwendung der Kriterien der "Projets urbains"") lediglich eine Fristverlängerung bis August 2011 zu gewähren.

Der Änderungsantrag wird gutgeheissen.

- über den Änderungsantrag von Werner Hadorn (SP) zu Punkt 12 des Beschlussesentwurfs (Postulat 20080376, Alain Nicati, "Kreisel am Kreuzplatz") nicht abzuschreiben und eine Fristverlängerung bis Februar 2013 zu gewähren.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

- über den Beschlussesentwurf inklusive der gutgeheissenen Änderungen:

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. Januar 2011, gestützt auf Artikel 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Das Postulat 19980248, Philippe Garbani / Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer auf dem Kreuzplatz, wird abgeschrieben.
2. Für die Motion 20030309, Pierre Ogi / Erstellen eines Trottoirs an der Lindenhofstrasse, wird eine Fristverlängerung bis August 2011 gewährt.
3. Für das Postulat 20040373, Barbara Schwickert / Massnahmen Luftqualität, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
4. Für das Postulat 20040601, Geschäftsprüfungskommission / Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
5. Für das Postulat 20060501, Peter Moser / Bahnhofstrasse: Perspektiven zur vollständigen Verkehrsbefreiung, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
6. Für die Motion 20060526, Barbara Koch / Sanierung oder Neubau der Plänke-Turnhalle, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
7. Für die Motion 20070036, Patrick Calegari / Garderoben Sportanlage Champagne: Sofortiger Ersatz, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
8. Für das Postulat 20070402, Pierre-Yves Grivel / Aktuelle Curlinghalle: Abbruch oder Weiterverwendung, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
9. Für das Postulat 20080228, Urs Grob / Werksvertragsgrundlagen KBOB, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
10. Für das Postulat 20080265, André de Montmollin / Für eine Begegnungszone in der näheren Umgebung des Spitalzentrums, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
11. Für das Postulat 20080267, Muriel Beck Kadima / Ganzheitliche Stadtentwicklung in Anwendung der Kriterien der "Projets urbains", wird eine Fristverlängerung bis August 2011 gewährt.

12. Das Postulat 20080268, Alain Nicati / Kreisel am Kreuzplatz, wird als erfüllt beschrieben.
13. Das Postulat 20080376, Barbara Tanner / A5 – Auswirkungen ohne Anschluss Bienne Centre, wird als erfüllt beschrieben.
14. Für das Postulat 20080426, Marc Despont / Bessere Süd-Nord-Verkehrsachse durch die Stadt Biel, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
15. Die Motion 20080378, Heidi Stöckli Schwarzen / Sofort mehr Sicherheit für die Velofahrenden, wird als erfüllt beschrieben.
16. Für die Motion 20080379, Carine Zuber / Verbesserung der Sicherheit für die Zweiradfahrenden in den Strassenunterführungen der Stadt Biel, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.

Abstimmung

- **über den Änderungsantrag von Claire Magnin (Grüne Biel) zu Punkt 13 des Beschlussesentwurfs (Postulat 20080376, Barbara Tanner, "A5 - Auswirkungen ohne Anschluss Bienne Centre", nicht abzuschreiben und eine Fristverlängerung bis Februar 2013 zu gewähren.**

Der Antrag wird abgelehnt.

- **über den Beschlussesentwurf inklusive der beiden gutgeheissenen Änderungen:**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. Januar 2011, gestützt auf Artikel 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Das Postulat 19980248, Philippe Garbani / Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer auf dem Kreuzplatz, wird beschrieben.
2. Für die Motion 20030309, Pierre Ogi / Erstellen eines Trottoirs an der Lindenhofstrasse, wird eine Fristverlängerung bis August 2011 gewährt.
3. Für das Postulat 20040373, Barbara Schwickert / Massnahmen Luftqualität, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
4. Für das Postulat 20040601, Geschäftsprüfungskommission / Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
5. Für das Postulat 20060501, Peter Moser / Bahnhofstrasse: Perspektiven zur vollständigen Verkehrsbefreiung, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
6. Für die Motion 20060526, Barbara Koch / Sanierung oder Neubau der Plänke-Turnhalle, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
7. Für die Motion 20070036, Patrick Calegari / Garderoben Sportanlage Champagne: Sofortiger Ersatz, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
8. Für das Postulat 20070402, Pierre-Yves Grivel / Aktuelle Curlinghalle: Abbruch oder Weiterverwendung, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.

9. Für das Postulat 20080228, Urs Grob / Werksvertragsgrundlagen KBOB, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
 10. Für das Postulat 20080265, André de Montmolin / Für eine Begegnungszone in der näheren Umgebung des Spitalzentrums, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
 11. Für das Postulat 20080267, Muriel Beck Kadima / Ganzheitliche Stadtentwicklung in Anwendung der Kriterien der "Projets urbains", wird eine Fristverlängerung bis August 2011 gewährt.
 12. Das Postulat 20080268, Alain Nicati / Kreisel am Kreuzplatz, wird als erfüllt abgeschrieben.
 13. Das Postulat 20080376, Barbara Tanner / A5 – Auswirkungen ohne Anschluss Bienne Centre, wird als erfüllt abgeschrieben.
 14. Für das Postulat 20080426, Marc Despont / Bessere Süd-Nord-Verkehrsachse durch die Stadt Biel, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
 15. Die Motion 20080378, Heidi Stöckli Schwarzen / Sofort mehr Sicherheit für die Velofahrenden, wird als erfüllt abgeschrieben.
 16. Für die Motion 20080379, Carine Zuber / Verbesserung der Sicherheit für die Zweiradfahrenden in den Strassenunterführungen der Stadt Biel, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
- **über den Änderungsantrag von Claire Magnin (Grüne Biel) zu Punkt 13 des Beschlussesentwurfs (Postulat 20080376, Barbara Tanner, "A5 - Auswirkungen ohne Anschluss Bienne Centre", nicht abzuschreiben und eine Fristverlängerung bis Februar 2013 zu gewähren.**

Der Antrag wird abgelehnt.

- **über den Beschlussesentwurf inklusive der beiden gutgeheissenen Änderungen:**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. Januar 2011, gestützt auf Artikel 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Das Postulat 19980248, Philippe Garbani / Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer auf dem Kreuzplatz, wird abgeschrieben.
2. Für die Motion 20030309, Pierre Ogi / Erstellen eines Trottoirs an der Lindenhofstrasse, wird eine Fristverlängerung bis August 2011 gewährt.
3. Für das Postulat 20040373, Barbara Schwickert / Massnahmen Luftqualität, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
4. Für das Postulat 20040601, Geschäftsprüfungskommission / Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
5. Für das Postulat 20060501, Peter Moser / Bahnhofstrasse: Perspektiven zur vollständigen Verkehrsbefreiung, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
6. Für die Motion 20060526, Barbara Koch / Sanierung oder Neubau der Plänke-Turnhalle, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.

7. Für die Motion 20070036, Patrick Calegari / Garderoben Sportanlage Champagne: Sofortiger Ersatz, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
8. Für das Postulat 20070402, Pierre-Yves Grivel / Aktuelle Curlinghalle: Abbruch oder Weiterverwendung, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2012 gewährt.
9. Für das Postulat 20080228, Urs Grob / Werksvertragsgrundlagen KBOB, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
10. Für das Postulat 20080265, André de Montmollin / Für eine Begegnungszone in der näheren Umgebung des Spitalzentrums, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
11. Für das Postulat 20080267, Muriel Beck Kadima / Ganzheitliche Stadtentwicklung in Anwendung der Kriterien der "Projets urbains", wird eine Fristverlängerung bis August 2011 gewährt.
12. Das Postulat 20080268, Alain Nicati / Kreisel am Kreuzplatz, wird als erfüllt abgeschrieben.
13. Das Postulat 20080376, Barbara Tanner / A5 – Auswirkungen ohne Anschluss Bienne Centre, wird als erfüllt abgeschrieben.
14. Für das Postulat 20080426, Marc Despont / Bessere Süd-Nord-Verkehrsachse durch die Stadt Biel, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.
15. Die Motion 20080378, Heidi Stöckli Schwarzen / Sofort mehr Sicherheit für die Velofahrenden, wird als erfüllt abgeschrieben.
16. Für die Motion 20080379, Carine Zuber / Verbesserung der Sicherheit für die Zweiradfahrenden in den Strassenunterführungen der Stadt Biel, wird eine Fristverlängerung bis Februar 2013 gewährt.

Nicati Alain, PRR: Quand on a discuté, j'ai défendu l'idée qu'il fallait liquider d'une façon ou d'une autre ces trois interventions qui concernent l'A5, car elles ne sont pas cohérentes et elles sont dépassées. Ensuite, une nouvelle intervention pourra être déposée, dans deux ou trois ans, compte tenu des circonstances et des problèmes, qui auront pu être résolus entre temps. Je pense qu'il faut radier du rôle ces interventions, mais pas les radier du rôle comme étant réalisées.

28. Aktivitäten 2010 der PPP Kommission

Kaufmann Stefan, PPP Kommission: Vor einem Jahr wünschte ich mir, dass die PPP Kommission im Jahr 2010 15 Sitzungen hätte. Dies hätte bedeutet, dass der Bau der Stadien begonnen hat. Leider ist der Spatenstich bis heute nicht erfolgt. Trotzdem traf sich die Kommission im letzten Jahr sechs Mal. Den Bericht konnten alle Stadtratsmitglieder lesen. Ich beschränke mich deshalb auf einige thematisch gegliederte Ergänzungen dazu:

Zum Sitzungsrhythmus der Kommission: Das Projekt PPP ist sehr umfangreich. Das Modell sieht vor, dass nicht die Stadt das Tempo vorgibt, sondern der Totalunternehmer HRS. Die Stadt kann deshalb, was den Bau angeht, nur reagieren. Deshalb kann auch die Kommission in grossen Teilen nur reagieren. HRS wird beeinflusst von anderen Faktoren. So hatte das Unternehmen mit der Vermietung grössere Schwierigkeiten als angenommen. Aufgrund des abgeänderten Projekts musste eine weitere Baubewilligung beantragt werden. Das Stimmvolk hatte

zudem eine Zonenplanänderung zu genehmigen. All dies verursachte Verzögerungen. Die Kommission hat keinen festen Sitzungsrhythmus, sondern passt sich den Gegebenheiten an. Andererseits versucht die Kommission gewisse Aktivitäten der Stadt zu antizipieren und diese in ihren Bestrebungen zu begleiten. Darunter fallen beispielsweise das Betriebskonzept, die Verträge mit den Nutzenden oder das Projektcontrolling. Heute kann nicht gesagt werden, wieviele Sitzungen die Kommission 2011 abhalten wird. Sie hofft aber, dass es möglichst viele sein werden.

Zum Bieler Stimmvolk: Die BielerInnen sagten letzten Frühling zum zweiten Mal deutlich Ja zu den Stadien. Der Wunsch der Bevölkerung, dieses Projekt umzusetzen, ist eindeutig. Trotz vorwiegend negativer Berichterstattung in den Medien wurde das Projekt deutlich angenommen. Dafür danke ich den BielerInnen nochmals herzlich. Alle sind froh, wenn der Bau endlich beginnt.

Zu HRS: die Rolle in diesem Projekt ist schwierig zu deuten. Störend ist aus Sicht der Kommission die zurückhaltende Kommunikation. Am 20. September 2010 fand eine Sitzung mit den VertreterInnen von HRS statt, während welcher sich die Kommission das Konzept der neuen Stadien von den Architekten zeigen lassen konnte. Erst danach hatte die Kommission das Gefühl, HRS kommuniziere offen und transparent und die Arbeiten seien im Gang. Gegen aussen gab es aber nie ein klares Votum von HRS, ob gebaut würde oder nicht und wenn ja, wann. Diese Unverbindlichkeit hinterlässt ein ungutes Gefühl. Ende Jahr kam hingegen eine neue Investorengruppe ins Spiel, welche die Fäden in die Hand nahm. Die Rolle von HRS wird sich dadurch ändern, es wird verhandelt. Es könnte sein, dass in Zukunft die Investoren darüber entscheiden werden, wie das Projekt vorangetrieben wird. Es handelt sich übrigens um die gleichen Investoren, die zusammen mit HRS das Stadion in Thun baut.

Eine traurige Geschichte sind die Gelder aus dem Sportfonds. Der Grosse Rat bewilligte aber letztlich Anfang 2011 CHF 10,47 Mio. aus dem Sportfonds. Im Frühling 2010 wurde Biel aber noch vorgeworfen, die Stadt wolle sich aus dem Sportfonds bereichern. Die Kommission setzte sich mit diesen Vorwürfen intensiv auseinander. Nach Einsicht in alle gemeindeseitig verfügbaren Dokumente kam sie zum Schluss, dass die Vorwürfe jegliche Grundlage entbehren. Nun ist die Kommission froh darüber, dass der Grosse Rat die Gelder doch noch gesprochen hat. Die Begleitumstände waren aber wieder die gleichen: die Stadt Biel sei selber schuld, dass der gesprochene Betrag nicht höher sei. Dies sieht nach einer Strafaktion aus, für welche die Kommission kein Verständnis hat. Ein Oberländer Grossrat liess in den Medien gar verlauten, dass der gesprochene Betrag noch mehr hätte gekürzt werden sollen. Diesen Herrn kontaktierte ich persönlich und bat ihn, seine Gründe für diese Aussagen offenzulegen. Bisher bekam ich aber keine Antwort. Ich gehe davon aus, dass er entweder tatsächlich seine Gründe hatte oder aber einen Medienauftritt suchte. Störend ist jedoch, dass über dem ganzen Geschäft noch immer der Vorwurf des versuchten Betrugs steht. Ich wiederhole daher, dass die Kommission davon überzeugt ist, dass sich die Stadt korrekt verhielt.

Die Kommission äusserte sich mehrmals dahingehend, dass sie keine Baukommission ist und dies auch nicht sein will. Daran hält sie fest. Sie ist eine Begleitkommission der gemeinderätlichen Delegation. Mit der neuen Investorengruppe könnte sich aber auch die Rolle der Stadt ändern. Dies würde

bedeuten, dass möglicherweise auch die Kommission eine andere Aufgabe erhielte. Zurzeit kann dazu aber noch nichts gesagt werden.

An dieser Stelle möchte ich allen Kommissionsmitgliedern herzlich danken für ihren Einsatz. Ich danke auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Information und Zusammenarbeit. Vor einem Jahr lagen grössere Schwierigkeiten vor, welche nun aber behoben sind. Auch danke ich dem Ratssekretariat für die Unterstützung.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Im Namen des Stadtrats danke ich der Kommission PPP ganz herzlich für ihre Arbeit.

Moeschler Émilie, au nom du Groupe socialiste: Le Groupe socialiste tient à adresser à la Commission PPP un grand merci pour l'énorme travail effectué pendant toute cette année. Vous avez travaillé avec beaucoup de compétences et aussi de manière très active. La Commission PPP a permis de clarifier le projet et de le rendre aussi plus crédible envers l'extérieur, non pas qu'il ne l'était pas, mais qu'il a été attaqué, apparemment de manière fausse. Vous avez permis de rectifier un petit peu la vérité concernant ce projet et de remettre l'église au milieu du village. La Commission PPP aura certainement du pain sur la planche ces prochaines années. En tous cas, si la population a réaffirmé son soutien aux "Stades de Bienne", comme l'a dit le Président de la Commission auparavant, je pense que c'est aussi grâce à votre contribution et à votre grand travail. C'est pour cette raison, que le Groupe socialiste trouve aussi important de vous remercier et de vous souhaiter plein de courage pour la suite. Merci également pour les informations supplémentaires que Monsieur Kaufmann vient de donner.

Ogi Pierre, au nom du Groupe socialiste: J'ai certainement pas bien compris ce qui s'était passé, lorsque les coûts totaux de ces stades ont été déterminés. Le Conseil municipal a dit que la Ville devrait recevoir une subvention d'environ 20 mio. fr. Actuellement, les coûts sont à la moitié. Donc, lorsque l'objet a passé en votation, on a dit à la population que le montant initial était de 20 mio. fr. et il manque maintenant 10 mio. fr. Qui va payer ces 10 mio. fr.? Si c'est la Ville qui les paye, cela veut dire que la population n'a pas été trompée, mais qu'elle a été mal informée. 400'000 francs pour un trottoir c'est impossible, mais pour une perte de 10 mio. fr., il n'y a pas de problème, on n'en parle même pas! On explique qu'il y a un peu moins de subventions que prévues, mais c'est de millions dont il s'agit. Alors, où se situent ces millions maintenant? Je pense, que la Commission PPP a certainement planché longtemps là-dessus pour un montant pareil.

Fehr Erich, Finanzdirektor: Herr Ogi, ich muss Sie leider korrigieren: Als das Volk über das Projekt abstimmte, wurden CHF 12 Mio. Subventionen ausgewiesen. Dabei wurde von CHF 77 Mio. Netto-Erstellungskosten ausgegangen, von diesen wurden die nicht abrechenbaren Anlageteile abgezogen. Vom verbleibenden Betrag konnte ein Viertel subventioniert werden, was zu diesem Betrag von CHF 12 Mio. führte. Bei der Zusammenstellung der Kosten wurde ein Teil des Mantels angerechnet, da die Stadien ja nicht einfach in der Luft stehen können. Dies ist die von Herrn Kaufmann erwähnte Geschichte. Mit diesen Zusatzkosten stiegen die Kosten auf mehr als CHF 77 Mio.. In einem ersten Schritt nahm der Kanton diesen zweiten Betrag als Basis für die Subventionsberechnung. So entstanden die CHF 24 Mio.. Die Stadt

selber sagte nie, sie hätte CHF 24 Mio. zu Gute. Vielmehr deponierte sie die Baukosten beim Kanton. Darauf ging der Kanton von CHF 100 Mio. Baukosten aus, wovon ein Viertel CHF 24 Mio. sind. Ich nehme an, dass der Kanton die Bedeutung und Schwierigkeit des Dossiers unterschätzte, was sicher ungeschickt war. Der Stadt kann aber kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie versuchte, die in Aussicht gestellten CHF 24 Mio. auch zu erhalten. Im Endergebnis erhält sie nun CHF 10,47 Mio., was relativ nahe an den ursprünglich berechneten CHF 12 Mio. ist. Als die Zahl von CHF 10,5 Mio. erstmals genannt wurde, gab mein Vorgänger sofort den Auftrag, die fehlenden CHF 1,5 Mio. zu kompensieren. Dies konnte mit einer Reduktion des Innenausbaus und Anpassungen im Projektumfeld auch realisiert werden. Damit entstehen zu Lasten der Stadt keine Mehrkosten. Abgesehen davon ist die Differenz in Bezug auf Grösse und Zeitdauer des Projekts nicht matchentscheidend. Zum Glück besteht also das von Herrn Ogi erwähnte Problem nicht!

Der Stadtrat **nimmt Kenntnis** vom Tätigkeitsbericht 2010 der Kommission PPP.

**29. 20090414 Renfer-Areal / Parzellierung und Übertragung an
Verwaltungsvermögen und Strassenregister / Planung und Erschliessung
/ Abrechnungen Verpflichtungskredite Nr. 22000.0034 und 22000.9034**

Strobel Salome, GPK: Die Überbauung Renfer-Areal ist zweifellos ein Vorzeigeprojekt. Die Lücke zwischen Bözingen und Mett konnte geschlossen werden, ein lebendiges Quartier entstand. Die Unterbringung eines Kindergartens und die Ansiedlung eines Grossverteilers beleben die Siedlung zusätzlich. Der Uferweg entlang der Schüss wurde zu einem beliebten Spazierweg. Etwas weniger schön als das Quartier fällt der vorliegende Bericht aus. Er ist schwer lesbar und die Zusammenhänge zwischen den vielen Informationen sind nicht immer nachvollziehbar. Beim Lesen der Unterlagen erging es der GPK wie beim Zusammensetzen eines Puzzles, bei welchem einzelne Teile erst nach langem Suchen unter dem Tisch oder gar unter dem Teppich zum Vorschein kommen. Einzelne Teile blieben aber ganz verschwunden. Wie beim Zusammensetzen von Puzzles ist dies auch beim vorliegenden Geschäft frustrierend. Der Schlussbericht Renfer-Areal wurde immer wieder aufgeschoben, schlussendlich wohl schnell verfasst und in der letzten Gemeinderatssitzung vor Weihnachten verabschiedet. Erst in der definitiven Fassung schliesst das Geschäft mit einem Verlust ab. In einer ersten Version wurde noch ein Gewinn ausgewiesen. Warum? Offenbar wurde nicht berücksichtigt, dass nicht die ganze Landfläche überbaut wird, sondern auch öffentliche Flächen geschaffen werden. Das für Strassen und Parks benötigte Land wurde nicht verkauft und erzielte somit keinen Gewinn. Diese Flächen müssen nun in das Verwaltungsvermögen übertragen werden. Viele Terrains wurden im Baurecht abgegeben statt verkauft. Daraus resultierte ein Buchverlust von CHF 2'708'618.65. Dieser wird in der Gesamtabrechnung auf Seite 6 ausgewiesen. Die GPK bedauert, dass das Verwaltungsvermögen in diese Gesamtabrechnung nicht einbezogen wurde. Dass die Frist zur Abrechnung dieses Geschäfts über lange Zeit immer wieder verlängert wurde, erklärt das Fehlen einzelner Puzzleteile. Dies wird aus dem Bericht aber nicht ersichtlich. Es wäre hilfreich gewesen, wenn im Bericht erklärt gewesen wäre, weshalb die Strassen und Parkanlagen mit einem Wert von nur CHF 1.- ins

Verwaltungsvermögen übertragen werden. Der Zahn der Zeit nagt auch an den Abrechnungen. Die beiden Kredite wurden 1996 gesprochen. Deshalb sind die meisten Rechnungen älter als zehnjährig. Alle Buchungen, welche vor 2000 vorgenommen wurden, fehlen im SAP-System. Eine genaue Prüfung durch die Finanzkontrolle war deshalb nicht mehr möglich. Ein Puzzle mit fehlenden Teilen fliegt im Alltag in hohem Bogen in den Abfalleimer. Bei einer Abrechnung kann höchstens eine Rückweisung beantragt werden. Aber eben: die Teile sind verschwunden und tauchen nicht mehr auf. Die GPK empfiehlt deshalb die Annahme dieser Abrechnung, wenn auch mit der Faust im Sack. Sie zählt darauf, dass ihr in Zukunft klarere und verständlichere Berichte vorgelegt werden.

Habegger Hanspeter, Fraktion BVP plus: Wie die Vorrednerin erwähnte, ist der Bericht zwar ausführlich, aber zum Teil fehlerhaft. Grundsätzlich ist die Fraktion BVP plus jedoch mit dem Beschlussesentwurf einverstanden und wird diesem zustimmen. Dennoch einige Anmerkungen und Fragen: die Überbauung kam nicht schlecht heraus, von mir aus gesehen wären aber höhere, dafür weniger Häuser mit mehr Umschwung besser gewesen. Die Leute wohnen aber gerne dort. Eine Bauparzelle ist noch unbebaut, die Baubewilligung wurde jedoch erteilt. Dieses Haus soll auf einem Regenwasserkklärbecken zu stehen kommen. Ich nehme an, dass dies nicht der ideale Standort für ein Wohnhaus ist. Vis-à-vis, zwischen den beiden Schüss-Armen, soll dann der Dorfplatz von Bözingen entstehen. Dies wäre ein guter Platz für verschiedenste Anlässe. Wenn aber vis-à-vis ein Wohnblock zu stehen kommt, können dort wohl keine Anlässe mehr stattfinden. Ursprünglich waren drei Brücken geplant, aber nur die Arbeiten an der bestehenden alten Holzbrücke wurden umgesetzt. Für die nördliche Brücke gibt es Pläne. Ich möchte wissen, wann diese realisiert wird.

Nicati Alain, au nom du Groupe Forum: Cette affaire a duré 19 ans, donc je vous propose de ne pas entrer dans les détails de tout ce qui s'est passé, car au final, cela s'est bien terminé. La Ville a gagné un quartier sympathique, que les gens aiment. Les travaux ont été conduits correctement. On a quand même payé à peu près 1 mio. fr. de moins, que ce qui avait été budgété. Il faut quand même le relever, car en général, quand les choses durent longtemps, elles deviennent plutôt plus chères que meilleur marché. La proposition de ce soir se résume ainsi: le Conseil de ville est-il d'accord avec la perte comptable et avec les décomptes de crédits d'engagement? Je peux vous dire, que j'ai vérifié dans les détails et que ces décomptes sont exacts.

Le Conseil de ville doit aussi approuver des transferts du patrimoine financier au patrimoine administratif. Ceci engendre une perte comptable de 2'708'618fr. 65, qui doit être prélevée sur le financement spécial 2281.2200 relatif aux gains comptables issus des biens-fonds du patrimoine financier. Le Groupe Forum vous propose d'accepter le projet d'arrêté et remercie la Direction des travaux publics, qui a fait un très bon travail. Ce quartier est devenu sympathique et très habitable.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Groupe des Verts se réjouit de la réhabilitation de la friche de l'aire Renfer, qui est devenu un quartier d'habitations apprécié. Le Groupe des Verts a deux questions ou remarques.

- Comment le Conseil municipal peut-il affirmer que les habitant(e)s sont heureux de l'endroit où ils habitent? On pourrait leur demander aussi comment vont les habitants de Mâche par exemple?

- Étant donné que la Ville a fait un cadeau de 20% lors de l'octroi du terrain en droit de superficie, la Ville compte-t-elle également faire ce genre de cadeau lors du renouvellement des contrats des coopératives d'habitation? Merci.

Ogi Pierre, au nom du Groupe socialiste: Au nom du Groupe socialiste, je dois féliciter le Conseil municipal pour le succès qu'il a obtenu en construisant ou en faisant construire tout un quartier. Il ne faut pas oublier qu'il y a vingt ans, quand la Ville de Bienne a pris cette décision, en particulier Monsieur Stöckli, qui avait décidé de donner une impulsion pour la construction de logements, une grande partie des milieux immobiliers s'était opposée. Ce projet a été critiqué pratiquement pendant toute la durée de construction, c'est-à-dire pendant presque vingt ans, jusqu'à ce que les milieux immobiliers réalisent eux-mêmes, que c'était un succès, qui a donné une impulsion positive à la Ville de Bienne. On peut vraiment dire que ce défi d'engager 20 mio. fr., alors que cela aurait pu être un fiasco total, était une bonne décision. Là, on a vu que le Conseil municipal avait une vision très claire de ce qu'il voulait et on ne peut que le féliciter. Il est vrai, qu'à Mâche ou à Boujean, lorsqu'on va s'y promener en semaine ou le week-end, dans ce quartier de la Suze qui a été réaménagée, c'est vraiment une partie de plaisir. Le Groupe socialiste propose d'accepter le projet d'arrêté du Conseil municipal.

Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP hat Freude an diesem schönen Quartier. Ökologische Nischen konnten geschaffen werden. Im Bericht ist nicht erwähnt, dass ein ansehnlicher Baumbestand gerettet werden konnte. Auch das Problem der Altlasten wurde gut gelöst und es hat nur wenige Betonflächen. Dieses Quartier ist wirklich lebenswert und die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat dafür.

Fehr Erich, Finanzdirektor: Herr Ogi sagte etwas Wichtiges: insgesamt war das Renfer-Areal die erste grosse Veränderung eines Stadtquartiers in der Zeit meines Vorgängers. Dafür wurde er kritisiert, zumal die Investition für den Landkauf für die damalige Zeit sehr hoch war und die Stadt damit ein Risiko einging. Ich bin der Meinung, dass das Ergebnis gut herausgekommen ist. Es wurden verschiedene lobende Voten gehalten. Es handelt sich um ein lebenswertes Quartier, einige Mitglieder des Stadtrats wohnen dort und können das sicher bestätigen. Über die Architektur kann immer gestritten werden. Einigen gefallen die dunkeln Häuser in Richtung Schlösslistrasse nicht, andere sagen, eine höhere und dafür weniger dichte Überbauung wäre besser gewesen, wiederum andere finden, die Siedlung gleiche Bauklötzen. Diese Meinung teile ich nicht, im südlicheren Teil wurden spezielle Häuser aus Holz erstellt. Entscheidend ist jedoch, dass diejenigen, die dort wohnen, ein schönes Zuhause haben und Lebensraum entstanden ist. Entlang der Schüss entstand ein Spazierweg. Manchmal sehe ich dort Kinder am Wasser spielen, aber der Weg ist auch mit Velos befahrbar. Dadurch entstehen wieder andere Probleme: die Bewohner an der Schüss haben teilweise keine Freude an Spaziergängern, welche mitten in der Nacht ihren Hund rufen. Solches gehört aber einfach zu einem Wohnquartier und ist ein Zeichen dafür, dass dort Leute leben. Es gilt, meinem Vorgänger für seinen Mut zu danken. Ich kann mich gut daran erinnern, wie die ehemalige Sägerei an einem Braderie-Sonntag abbrannte. Die Bevölkerung fragte sich, was nun mit diesem Gebiet passiert. Früher stand dort ein Riegel von Norden nach Süden, welcher Bözingen durchschnitt. Dieser Riegel konnte nun auf tolle Weise durchbrochen werden.

Ich bin mit dem Stadtrat einig, dass der vorliegende Bericht etwas weniger toll ausgefallen ist. Nicht unbedingt wegen des Ergebnisses, sondern wegen der Präsentation und der Verständlichkeit. Die Komplexität ist hoch, die Transparenz eher bescheiden. Dafür möchte ich mich entschuldigen. Frau Strobel erklärte, wie es dazu kam. Das Dossier wurde lange nicht abgeschlossen, es gab grosse Diskussionen zu buchhalterischen Fragen. Beim vorliegenden Ergebnis tat es den Promotoren des Dossiers weh, einen Buchverlust in Millionenhöhe hinnehmen zu müssen. Es handelt sich aber wirklich nur um einen Buchverlust, welcher sich dadurch ergibt, dass das Land, welches für den öffentlichen Raum benötigt wurde, den Bauparzellen angerechnet wurde und weil viel Land im Baurecht abgegeben wurde. Im Rahmen von kommenden Baurechtserneuerungen dürfte das Geschäft auch finanziell einen Gewinn abwerfen und nicht nur einen Gewinn an Lebensraum. Die Kritik der GPK, dass einzelne Übertragungen ins Verwaltungsvermögen nicht nachvollziehbar seien, nehme ich zur Kenntnis. Dies hat ebenfalls mit der langen Geschäftsdauer zu tun. Übertragungen ins Verwaltungsvermögen werden immer in dieser Höhe gemacht, zumal die Anlagen normalerweise bereits auf CHF 0.- abgeschrieben sind. Damit diese Posten in der Buchhaltung trotzdem noch erscheinen, werden sie mit CHF 1.- verbucht. Dieses Vorgehen wird "Pro-Memoria-Franken" genannt. Der GPK wie auch den Fraktionen bin ich dankbar, dass sie trotz fehlender Puzzleteilen nicht für eine Rückweisung votieren. Dies wäre bei dem insgesamt erfreulichen Geschäft ein falsches Zeichen.

Auf die Frage von Herrn Habegger betreffend der neuen Brücke kann ich noch keine exakte Antwort geben. Es bestehen noch einige Probleme mit Weg- und Durchgangsrechten, welche noch nicht geklärt werden konnten. Die Liegenschaftsverwaltung arbeitet daran. Es wäre nicht korrekt, wenn ich heute einen Termin für ein Einweihungsfest nennen würde. Bei der Bemerkung von Herrn Nicati ist mir nicht klar, was er mit den 20% meinte. Es gibt einen "Rabatt" von 20% auf Baurechten. Der Boden wird im Baurecht um 20% tiefer bewertet als bei einem Verkauf. Herr Nicati stellte aber eine Frage im Zusammenhang mit der Verschiebung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen oder umgekehrt. Das ist mir nicht ganz klar. Möglicherweise handelt es sich um ein Missverständnis. Tatsache ist, dass das Finanzvermögen generell Anlagevermögen ist, welches nicht unbedingt für Tätigkeiten der Verwaltung verwendet wird. Es gelten andere Bewertungsvorschriften als beim Verwaltungsvermögen, welches für Schulhäuser, Strassen, Plätze und so weiter genutzt wird. Letzteres muss mit 10% pro Jahr harmonisiert abgeschrieben werden. Falls weiterhin Unklarheiten bestehen, wäre ich froh, wenn die Frage nochmals gestellt werden könnte.

Nun möchte ich noch Herrn Donzé antworten: Gegenüber normalen, gewinnorientiert arbeitenden Bauherrschaften, verkauft die Stadt ihr Land grundsätzlich zum Marktwert. Tatsächlich passiert dies jedoch in den seltensten Fällen. Bei Baurechten, wird das Land um 20% tiefer bewertet. Dies ist eine normale Praxis, wie sie auch ein privater Baurechtsgeber anwenden würde und sie steht in keinem Zusammenhang mit der Frage nach der Erneuerung von Baurechtsverträgen von Genossenschaften. Genossenschaften handeln nicht gewinnorientiert. Deshalb gelten andere Spielregeln. Die Erneuerung dieser Baurechtsverträge soll im Baukastensystem erfolgen. Es wird wahrscheinlich keinen fixen Rabattsatz geben, sondern es wird darauf ankommen, was für Wohnbauten erstellt wurden und wem sie offen stehen. Gewisse Ermässigungen werden weiterhin möglich sein, aber nicht einheitliche wie

bei kommerziellen Investoren. Herr Köhli, auch ich freue mich im Renfer-Areal jedesmal ab den Bäumen, die erhalten werden konnten. Dort passen sie! Das ist aber nicht immer der Fall. Ihr lobendes Schlusswort freut mich, besten Dank.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel beschliesst nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. Dezember 2010, gestützt auf Art. 39 Abs 1 lit a und d sowie Art. 40 Abs 1 Ziff 4 lit c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Er genehmigt folgende Übertragungen vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen, die im Rahmen der Gesamtüberbauung Renfer-Areal vorzunehmen sind:
 - a) Strassenregister:
Parzellen Schlösslifeld /Sonnenfeld Nrn. 10340 und 10414 6'536 m², Buchwert CHF 1.00
 - b) Verwaltungsvermögen:
Parzelle Nr. 10102 11'039 m², Buchwert CHF 1.00
2. Der dadurch entstehende Buchverlust von CHF 2'708'618.65 wird der Spezialfinanzierung 2281.2200 Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens belastet.
3. Er genehmigt die Kreditabrechnung Investitionskredit Nr. 22000.0034 und 22000.9034 für Renfer-Areal / Planung und Erschliessung.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

30. 20060263 PPP Projekt Stades de Bienne - Landerwerb von Erbegemeinschaft Habegger / Verpflichtungskredit / Abrechnung

Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP: Diese Abrechnung ist ein erfreuliches Geschäft im Zusammenhang mit den neuen Stadien. Sie wird mit einer Kostenunterschreitung von rund CHF 52'000.- abgeschlossen. Die Fraktion GLP schlägt vor, dieses Geld für eine VIP-Lounge für die Mitglieder des Stadtrats zu verwenden (*Gelächter*).

Fehr Erich, Finanzdirektor: Herr Köhli, darüber kann diskutiert werden, aber nur, wenn es in der VIP-Lounge auch Platz für die Mitglieder des Gemeinderats hat (*Gelächter*).

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 5. November 2010, gestützt auf Art. 40, Ziffer 4, Lit.c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Abrechnung Stades de Bienne – Landerwerb von Erbegemeinschaft Habegger / Verpflichtungskredit / Abrechnung, wird genehmigt.

2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

31. 20090113 Landerwerb bzw. Landverkauf im Zusammenhang mit der A5 (Kanton Bern, Burgergemeinde Bözingen, Burgergemeinde Pieterlen) / Verpflichtungskredite / Abrechnung / Aufhebung Spezialfinanzierung Rückkauf Terrain Bözingenfeld

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. Dezember 2010, gestützt auf Art. 40 Abs1 Ziffer 4 Lit c und a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Er genehmigt die Abrechnung Landerwerb bzw. Landverkauf im Zusammenhang mit der A5 (Kanton Bern, Burgergemeinde Bözingen, Burgergemeinde Pieterlen) / Abrechnung Verpflichtungskredite Nr. 22000.9001 FV und 22000.9002 VV.
2. Er hebt die Spezialfinanzierung Rückkauf Terrain Bözingenfeld Konto 2281.2250 und das dazugehörige Reglement SGR 761.95 auf den 31.03.2011 auf.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

32. 20100382 Masterplan Aarbergstrasse / Abbrüche und Altlastenentsorgung: Nachkredit / Verkauf einer Bauparzelle

Rüfenacht Martin, GPK: Anlässlich der Diskussion dieses Dossiers stellte die GPK fest, dass im Masterplangebiet Aarbergstrasse sehr viel passiert ist. So konnten das Communication Center, die kaufmännische Berufsschule BFB, die Seniorenresidenz Au Lac und ein sogenannter 17m langer Streifen realisiert werden. Wo viel gearbeitet wird, passieren Fehler. So erlebte das vorliegende Geschäft einige Stolpersteine, Ungenauigkeiten und Fehler. Rückblickend könnte die GPK viele Korrekturen auflisten. Darauf möchte ich aber hier verzichten.

Als eine der Hauptakteure im Masterplangebiet hatte die Bauherrschaft (Stiftung Trix) stets die feste und ehrenwerte Absicht, eine Alterssiedlung zu errichten. Diese konnte im März 2009 eröffnet werden und um diesen Teil des Projektes geht es heute Abend. Die Aufgabe der Stadtverwaltung bestand darin zu prüfen, zu kontrollieren und zu bewilligen. Beide Seiten wollten so rasch als möglich handeln. So wurden Entscheide lieber sofort als später gefällt. Aufgrund dieses horrenden Tempos kam es auf beiden Seiten zu Fehlern. Der 17m-Streifen musste nachgebessert werden. Zudem kam die Sanierung der Altlasten teurer als budgetiert zu stehen, Parkplätze mussten von der Stadt für fast CHF 1 Mio. zurückgekauft werden und die

Genossenschaft Progeno konnte ihr Bauvorhaben gar nicht realisieren. Diese Auflistung ist nicht abschliessend. Die GPK ist davon überzeugt, dass die Bieler Verwaltung rasch und effizient arbeiten kann. Zumindest bei guter Koordination und Kommunikation arbeitet sie effizient. Genau da haperte es aber bei diesem Geschäft. Weshalb? Möglicherweise versprachen sich Persönlichkeiten auf höchster Ebene gegenseitig Dinge, vergassen aber die unteren Chargen davon in Kenntnis zu setzen. So wurde die Arbeit unter folgendem Motto ausgeführt: "Chef, die Arbeit ist fertig, kann ich mit den Korrekturen beginnen?" Aber wie gesagt, wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Nur wer nichts macht, macht keine Fehler. Trotz des hohen Tempos und der sich immer wieder verändernden Parameter versuchte die Verwaltung ein Optimum zu realisieren. Dieses Unterfangen ging am Schluss für alle fast auf.

Der Stadtrat muss heute über einen Nachkredit von CHF 425'561.45 für die Altlastensanierung befinden. Die Liegenschaftsverwaltung liess der GPK dazu ausrichten, dass sie inskünftig Altlastensanierungen nicht mehr mit einem genauen Betrag und vor allem nur noch als gebundenen Kredit budgetieren wird. Das Bauvorhaben der Progeno wiederum scheiterte, weil ihr Projekt nicht finanziert werden konnte. Deshalb hat der Stadtrat heute auch darüber zu entscheiden, ob der Gemeinderat das fragliche Grundstück Nr. 11045 im Hinblick auf eine möglichen Erweiterung der Residence Au Lac für CHF 2,15 Mio. an Frau Borer Winzenried verkaufen soll.

Fakt ist, dass der 17m-Streifen nachgebessert ist und die Arbeiten abgeschlossen sind. Der Kauf von 17 Parkplätze für CHF 985'000.- ist hoffentlich eine gute und gewinnbringende Investition für später. Dass Frau Borer Winzenried das für die Progeno vorgesehene Land nun der Stadt abkaufen will, ist eine verlockende und auf den ersten Blick gute Lösung. Es ist allerdings noch offen, was wann auf diesem Perimeter realisiert werden soll. Die GPK geht davon aus, dass dort kein Brachland bleibt und Frau Borer Winzenried ihre Ideen rasch umsetzen wird. Die Liegenschaftsverwaltung versicherte der GPK wie gesagt, dass sie in Sachen Altlastensanierung gelernt hat und künftig besser budgetieren wird. So sollten künftig keine Nachtragskredite mehr nötig sein. Im Hinblick auf das gesamte Masterplangebiet kann hiermit aber ein Kapitel abgeschlossen werden. Ein neues Kapitel mit dem Namen Campus könnte sich architektonisch nahtlos anschliessen. Dies ist für die Stadt wichtig und für die GPK ein positives Zeichen. Die GPK zeigt sich versöhnlich, weil unter anderem eine sehr schöne Altersresidenz entstanden ist und weil das Masterplangebiet eine gelungene Aufwertung erhielt. Die GPK empfiehlt Annahme des Beschlussesentwurfs.

Paronitti Maurice, au nom du Groupe Forum: Le Groupe Forum vous recommande d'accepter cet objet, mais toutefois avec quelques remarques. Concernant la vente d'une parcelle à bâtir à la Fondation TRIX, plutôt que l'octroi de cette parcelle en droit de superficie à la Coopérative Progeno, comme cela était prévu, le groupe Forum n'y voit pas d'inconvénient. Le secteur du Masterplan doit être complété dans son urbanisation et c'est une mission, que les citoyens ont donné il y a déjà longtemps. Ensuite, concernant le crédit additionnel lié à la viabilisation de la parcelle où s'est érigée la Résidence "Au Lac", il est admis aussi dans son principe. En effet, une mauvaise surprise est survenue et le site contaminé a dû être éliminé, ce qui a fait, en gros, plus que doubler la facture et dépasser l'enveloppe financière initialement établie par le Conseil municipal.

Toutefois, le Groupe Forum est étonné du retard, qui a été pris dans le règlement comptable de cette affaire. Les travaux sont terminés depuis longtemps et ils sont à la charge de la Ville, puisque c'est elle qui vend. Je n'ai pas trouvé dans le texte du rapport la date exacte de la finition des travaux. Au point 2, il est écrit: "*Les factures pour les travaux de démolition entrepris en automne 2006 par l'entreprise mandatée ont été payées...*" et quelques lignes plus loin, "*Outre les travaux de démolition en surface mandatés par la Ville en 2006 et réalisés en 2007...*". Bon, j'imagine que c'est 2007, mais cela fait quand même trois ou quatre ans de cela et par conséquent c'est un peu long. On peut admettre une part de malchance, mais on nous parle aussi d'incompatibilité personnelle entre les partenaires qui devaient s'occuper de ce cas. Étant donné que ce n'est pas la première fois que cela arrive, d'après mes souvenirs depuis le temps que je suis membre du Conseil de ville, le Groupe Forum suggère que le Conseil municipal mette en place une procédure, qui permettrait qu'à l'avenir, l'on puisse surmonter ces querelles de personnes, qui empêchent comme ici le règlement harmonieux. Il nous semble, que l'intérêt des finances de la Ville et donc du contribuable, prime sur les guerres entre individus.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Groupe des Verts refuse la vente de la parcelle à bâtir dans le périmètre du Masterplan. Il ne s'agit de rien d'autre que d'une carte blanche pour Madame Franziska Borer Winzenried. Nous savons tout ce qu'elle a fait et tout ce qu'elle donne à la Ville et aux diverses institutions sociales de la Ville. Mais, vendre un terrain comme réserve de développement stratégique pour la Résidence "Au Lac" n'est pas acceptable. La pression sur les prix du terrain va rapidement augmenter, si le campus de la Haute école bernoise se réalise. Le Groupe des Verts est d'avis, que le terrain doit rester en mains publics. Cependant, nous pouvons imaginer une cession de terrain à Madame Borer Winzenried à l'avenir, mais avec un projet concret et la preuve d'un besoin. D'autre part, il ne faut pas octroyer un droit de superficie sur la parcelle, parce qu'une grande partie est déjà vendue. Cet argument n'est pas fondé à nos yeux. Ne nous précipitons pas étant donné qu'il n'y a pas urgence.

Isler Peter, Fraktion SP: Die Fraktion SP steht diesem Geschäft positiv gegenüber. Ich kann mich auch noch gut daran erinnern, dass auf dem Masterplangebiet noch überhaupt nichts war. Nun entwickelt sich das Gebiet langsam in eine erfreuliche Richtung. Die Fraktion SP ist damit einverstanden, das Grundstück Nr. 11045 im vorgeschlagenen Sinn zu verkaufen. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Rüfenacht habe ich schon mehrmals hier am Rednerpult das Menschenrecht auf Fehlerhaftigkeit proklamiert. Nun tat dies Herr Rüfenacht im Namen der GPK. Wichtig scheint mir aber, wie mit diesen Fehlern umgegangen wird. In diesem Fall ist dies klar: die Verwaltung steht dazu und trifft die nötigen Massnahmen, um sie zu korrigieren. Auch diesem Umstand würdigt die Fraktion SP positiv.

Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP steht diesem Geschäft etwas kritischer gegenüber. Auffallend ist vor allem, dass die Altlastensanierung nicht vernünftig berechnet wurde. In Bezug auf die Esplanade fürchte ich, dass auch dort zu wenig budgetiert wurde und auch dort noch grosse Ausgaben auf die Stadt zukommen werden. Deshalb ist es wichtig, die Sanierung der Altlasten von Anfang an möglichst genau zu berechnen und eine möglichst grosse Reserve einzurechnen. Ansonsten können die Kosten ausufern. Die Stadt hat eine Pflicht, diese Altlasten zu

entsorgen, sie sollte aber auch von Anfang an wissen, wie teuer sie dies zu stehen kommt. Dem Verkauf des Grundstücks Nr. 11045 stimmt die Fraktion GLP zu. Sie ist der Meinung, dass dieses Stück Land zur Residence Au Lac gehört.

Fehr Erich, Finanzdirektor: Auch dieses Geschäft enthält Elemente, auf die niemand stolz sein kann. Ich bin froh, dass von Seiten der GPK und der Fraktionen Verständnis zu spüren ist, geht es doch nicht nur um die Sanierung von Altlasten im Boden, sondern auch um Altlasten auf den Schreibtischen. Wird das sehr befriedigende Gesamtergebnis angeschaut, macht es wenig Sinn, sich lange darüber aufzuregen, auch wenn gewisse Prozeduren nicht eingehalten wurden oder zu lange dauerten. Das Problem aus persönlichen Unverträglichkeiten dürfte stadtseitig grösstenteils gelöst sein. Allerdings hat die Stadt wenig Einfluss, wenn sich Dritte untereinander nicht verstehen. Ich muss auch erwähnen, dass ich selber nicht zu den von Herrn Rüfenacht erwähnten entscheidenden "*Persönlichkeiten auf höchster Ebene*" gehörte und deshalb auch nicht in jedem Detail darüber informiert bin, wer wem wann was versprochen und nicht kommuniziert haben soll. Es ist aber klar, dass dieses Geschäft nicht optimal abgewickelt wurde, aber auch, dass die Stadt hat daraus gelernt hat. Herrn Köhli möchte ich antworten, dass ich nicht sicher bin, ob es wirklich sinnvoll ist, bei der Position Altlastensanierung möglichst hohe Reserven einzuplanen. Ich erinnere mich an Diskussionen in der GPK, im Gemeinderat und im Stadtrat, in welchen Kostenunterschreitungen, welche im zweistelligen Prozentbereich lagen, kritisiert wurden. Es besteht immer die Versuchung, zu hohe Kredite zu beantragen. Im Allgemeinen wird die Verwaltung weniger kritisiert, wenn sie zuwenig ausgibt als wenn sie zuviel ausgibt. Es scheint mir deshalb sinnvoll, die Kosten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst genau zu ermitteln und dann einen aufgrund des Wissensstands angemessenen Kredit zu beantragen. Bei Herrn Köhli's Vergleich mit den Altlasten beim Gaswerk, gibt es einen entscheidenden Unterschied: das Gaswerk gehörte der Stadt. Es ist bekannt, wie dort gearbeitet wurde. Grundsätzlich ist somit auch klar, welche Art Altlasten zu erwarten sind. Bohrungen wurden bereits durchgeführt. Mit der Übernahme des Masterplangebiets kam die Stadt zu einem nur teilweise überbauten Gebiet, bei welchem erst im Verlauf der Arbeiten klar wurde, was unter der Oberfläche lag. Vielleicht war sich die Stadt damals zu wenig bewusst, dass Altlasten vorhanden sein könnten.

Die Haltung der Fraktion Grüne, den Verkauf abzulehnen, finde ich nicht richtig. Im Masterplangebiet wurde in den letzten Jahren sehr viel gebaut, darunter die BFB, das Medienzentrum und insbesondere die Seniorenresidenz Au Lac. Damit ist eigentlich ein kleines Quartier mit verschiedenen Angeboten entstanden, in welchem sich die Generationen vermischen. Die Mischung aus Ausstellungen, Seminarräumen und gehobener Küche finde ich gut gelungen. In der Residenz leben Leute verschiedener Herkunft und aus verschiedenen sozialen Schichten. Alle fühlen sich wohl. Die Residenz läuft sehr gut. Deshalb ist es für mich nachvollziehbar, dass Frau Borer Winzenried nun eine strategische Landreserve erwerben möchte. Der Stadtrat darf davon ausgehen, dass auf dieser Parzelle ein Erweiterungsbau der Residenz erstellt wird, sobald dies wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Residenz signalisierte aber auch klar, dass sie zuerst abwarten will, bis der Betrieb solide läuft. Die Qualität soll für die BewohnerInnen stimmen. Dies scheint mir der richtige Ansatz zu sein. Auch andere erfolgreiche Betriebe kümmern sich um strategische Landreserven. Ich versichere dem Stadtrat, dass diese Parzelle dem Campus nicht fehlen wird. So vorsichtig ist der Gemeinderat! Wie ich bereits gestern Abend sagte, stehe ich hinter

Baurechtslösungen. Dabei muss aber immer auch der Gesamtkontext angeschaut werden. Auch hier wurde die grössere, bereits bebaute Parzelle verkauft. Die Stiftung Vinetum ist finanzkräftig und es macht für sie Sinn, Land im Eigentum zu erwerben. Zudem wäre es im vorliegenden Fall wirklich nicht sinnvoll, zwei Parzellen mit unterschiedlichen Eigentumsformen zu veräussern. Ich wäre froh, wenn die Fraktion Grüne das Geschäft nicht ablehnen würde, sondern sich, wenn sie immer noch Mühe damit hat, der Stimme enthält. Ich möchte darauf hinweisen, dass Frau Borer Winzenried mit ihrer Stiftung Vinetum in Biel im Bereich der Wohltätigkeit oder der Kultur sehr viel Gutes tut, auch wenn dies vielleicht nicht öffentlich bekannt ist. Dieser Umstand soll nicht zu einem Bonus führen, denn im Schweizer System sind alle gleich. Trotzdem fände ich es schlecht, wenn ausgerechnet ein Frau Borer Winzenried betreffendes Geschäft abgelehnt würde.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Comme je l'ai dit tout à l'heure, le Groupe des Verts salue tout ce que fait Madame Borer Winzenried pour la Ville, mais cela ne lui donne pas le droit d'acquérir des terrains sans projet. On peut lui réserver le terrain pour plus tard. Nous trouvons effectivement que le développement derrière la gare est bon, mais vendre un terrain sans projet, cela est inacceptable.

Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP: Ich möchte noch erwähnen, dass die Sanierung von Altlasten nicht ausgeschrieben werden. Es wird gelocht und entsorgt. Der Bauherr, der dies macht, wird nicht von Anfang an Reserven einplanen, da er keine Konkurrenz hat. Deshalb sollte die Stadt besser Reserven bei der Altlastensanierung vorsehen

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. Dezember 2010, gestützt auf Art. 39 Abs 1 lit c und f der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Nachkredit von CHF 425'561.45 für Abbrüche und Altlastenentsorgung auf dem an die Stiftung TRIX verkauften Grundstück Nr. 10957 wird bewilligt (VK 2200.0079).
2. Der Stadtrat stimmt dem Verkauf des Grundstücks Nr. 11045 im Masterplangebiet Aarbergstrasse zum Preis von CHF 2'150'000.00 in Kenntnis allfälliger Kosten für die Entsorgung von Altlasten zulasten der Stadt als gebundene Ausgabe zu und beauftragt den Gemeinderat mit dem Abschluss des entsprechenden Kaufvertrags.

33. 20100106 Schulhaus Champagne / Sanierung Flachdächer / Verpflichtungskredit

Strobel Salome, GPK: Regen, Regentropfen... Ich erspare Ihnen dieses Lied, die meisten werden es kennen. Dass die Kinder in der Schule jedoch nicht nur vom Regen singen, sondern im NMM-Unterricht die Regenmenge sogar im Schulzimmer messen können, ist eher selten. Für die SchülerInnen der Primarschule Champagne ist dies, wenn es stark regnet, jedoch Realität. Letzten Frühling mussten die Klassen teilweise auf den Turnunterricht verzichten und ihn durch andere Aktivitäten ersetzen: die Turnhalle musste wegen Wassereintrüben aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Dieser Schaden wurde in den Sommerferien behoben. Nun tropft es aber auch immer stärker in die Schulräume. Eine Dachsanierung drängt sich deshalb auf. Die Kosten für diese Arbeiten und für die Anpassung des Geländers auf der Terrasse an die heutigen Sicherheitsstandards belaufen sich auf CHF 1,2 Mio. Die Anpassungen des Geländers ermöglichen es, dass die Terrasse wieder für Aktivitäten genutzt werden kann, was in Anbetracht des Platzmangels im Schulhaus durchaus Sinn macht. Der schlechte Zustand des Gebäudes ist schon lange bekannt. Eine Gesamtsanierung des Schulhauses ist mittelfristig unumgänglich. Die GPK fragte sich, ob es sinnvoll ist, die Dachsanierung losgelöst von der Fassadensanierung vorzunehmen. Die Baudirektion sicherte zu, dass dies im Fall der Schulanlage Champagne ohne weiteres möglich ist, da die Fassade aus denkmalpflegerischen Gründen bei einer Sanierung nicht verändert werden darf. Eine zusätzliche Wärmedämmung muss damit auf der Innenseite erfolgen. Im Wissen um die rasch wachsenden Schäden und um die Dringlichkeit der Sanierung stimmt die GPK dem Verpflichtungskredit zu.

Habegger Hanspeter, BVP: Vor längerer Zeit behandelte der Stadtrat ein Geschäft für eine Dachsanierung. Ich fragte damals nach, an wen solche Arbeiten vergeben werden, denn es gibt zwei Arten von Flachdächern: diejenigen, die dicht sind und diejenigen, die nicht dicht sind. Ich bitte den Gemeinderat, bei der Vergabe der Arbeiten darauf zu achten, dass eine beständige Firma ausgewählt wird, welche für Fehler auch in Zukunft noch belangt werden könnte. Meistens sind die Dächer nicht altershalber undicht, sondern weil beim Bau gefuscht wurde. Gerade bei Flachdächern wird oft schnell und schlecht gearbeitet. Ich weiss, dass die Submissionsvorschriften eingehalten werden müssen. Es gibt aber auch Steuerzahlende, welche diese Sanierung zahlen. Deshalb bin ich der Meinung, dass es sich lohnt darauf zu achten, an wen die Arbeiten vergeben werden. Es muss sich um eine Firma handeln, die sorgfältig arbeitet, sonst muss das Dach in ein paar Jahren erneut saniert werden. Vor einigen Jahren musste das Flachdach eines öffentlichen Gebäudes kurz nach der Sanierung nochmals erneuert werden. Für diese Reparaturen konnte aber niemand mehr belangt werden, weil die in der Ausschreibung billigste Firma, welche den Auftrag erhielt, nicht mehr existierte. Deshalb bitte ich, nicht nur auf den Preis, sondern auch auf die Qualität zu achten.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich danke für die Zustimmung und habe dem nichts mehr hinzufügen.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. Dezember 2010, gestützt auf Art. 39, Abs.1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt Schulhaus Champagne, Sanierung Flachdächer, Verpflichtungskredit wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von CHF 1'200'000.00, Konto-Nr. 54000.0273, bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

34. 20100367 Silbergasse, Neugestaltung 3. Etappe, Zentralstrasse - Murtenstrasse / Strassenbau / Elektrische Leitungen

Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion a constaté une erreur dans le projet d'arrêté, suite à une décision du Conseil municipal. Vous avez tous reçu par courriel cette modification à apporter au point 1 du projet d'arrêté: **le crédit d'engagement pour le projet "Réaménagement de la rue de l'Argent, 3^{ème} étape, rue Centrale, rue de Morat" n'est pas de 2'000'000 fr. mais de 1'940'000 fr.** Alors pourquoi cette différence de 60'000 fr.? Le Conseil municipal était d'avis, que le remplacement des places de stationnement nécessaires à la réalisation de ce projet pouvait se réaliser aussi avec un coût moindre. Ceci, pour la simple et bonne raison, que les travaux à apporter ne sont effectivement pas si conséquents dans leur réalisation. Donc, le projet de réaménagement de la rue de l'Argent, 3^{ème} étape, est en fait la conclusion de ce projet, qui a débuté environ en 2000/2001, par la 1^{ère} étape réalisée avant Expo02. L'étape suivante a ensuite été réalisée entre mars 2009 et mars 2010, en supprimant le giratoire entre l'intersection rue Centrale / rue de l'Argent et la réalisation d'un nouveau giratoire rue de Morat / rue de l'Argent. Alors, entre ces deux carrefours réaménagés, il devenait aussi nécessaire de reprendre l'assainissement de la rue existante. En effet ce projet est nécessaire et c'est un investissement qui finira un travail commencé.

La Commission de gestion s'est penchée sur différentes questions:

- Les places de parc de remplacement seront-elles réellement réalisées? Apparemment, le Conseil municipal a assuré que cela serait le cas.
- Si la construction du parking du Palais des Congrès (décidée hier soir) se réalise, que va-t-il advenir de ces places de stationnement?
- Pour ces différents objets, des participations financière de tiers pourraient-elles être attendues, à part celles d'ESB, pour le remplacement des câbles et des conduites?

- La petite place aménagée devant l'immeuble "Olympia" ne devrait-elle pas gagner de la valeur? En principe pas, la place ne changera pas, c'est le trottoir devant la place qui sera modifié, donc pas de financement de tiers.
- La réalisation d'une place de livraison pour le Palais des Congrès, le long de la rue de l'Argent est-elle prévue? Vous l'avez vu sur le plan mais la Commission de gestion s'est posée la question de savoir si elle est placée à l'endroit le plus judicieux. Il existe au pied du bâtiment un ascenseur de livraison extérieur, pour permettre un accès facilité à la grande salle. Mais là, il y a une certaine distance à franchir de 30 à 50 m. Est-ce judicieux ou ne pourrait-il pas être déplacé et installé à un endroit peut-être un peu plus pratique?

La Commission de gestion attend des réponses du Conseil municipal, qui a déjà reçu ces questions au début de la semaine.

Une dernière petite remarque: sur le rapport, la TVA est noté encore à 7,6%. Bien évidemment, il va s'agir de 8%. La Commission de gestion vous propose d'accepter le projet d'arrêté du Conseil municipal.

Strobel Salome, Fraktion SP: Das vorliegende Projekt schliesst eine Lücke zwischen zwei bereits sanierten und verbesserten Strassenbereichen, dem oberen Teil der Silbergasse sowie dem Kreisel an der Murtenstrasse. Es ergänzt die Aufwertung der Umgebung des Kongresshauses durch die Esplanade. Die geplante Längsparkierung anstelle der heutigen Querparkierung macht Sinn. Dadurch steht mehr Strassenraum zur Verfügung und die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden steigt. Die verlorenen Parkfelder werden durch Ersatzparkplätze auf dem Kongresshausparkplatz kompensiert. Zu diesen hat die Fraktion SP eine Frage: dem Bericht lässt sich nicht entnehmen, ob auch diese Parkplätze teilweise für AnwohnerInnen reserviert sind, wie dies bisher der Fall ist. Zudem möchte ich noch eine kleine Anmerkung zum Komfort der FussgängerInnen an dieser Kreuzung anbringen: Ich hoffe sehr, dass nach der Umgestaltung der Silbergasse die Ampeln neu eingestellt werden. Wer beim östlichen Fussgängerübergang vom Denner zum Kongresshausparkplatz will, braucht viel Zeit. Ich bin überzeugt davon, dass hier noch Spielraum vorhanden ist.

Köhli Hans-Ulrich, GLP: Auch ich finde es dringend nötig, dass dieser Strassenabschnitt saniert wird. Mit dem Velo ist er zurzeit gemeingefährlich. Es gab bereits einige Fastunfälle, denn die Strasse ist löchrig und muss sofort saniert werden. Dabei werden auch Bäume gefällt, was mir leid tut. Wie mir Herr Brentano jedoch heute versicherte, werden diese sauber ersetzt. Es werden hochstämmige Ginkgo und Gleditsien gepflanzt, die gleichen Bäume wie vorne an der Zentralstrasse stehen. Dies finde ich gut. Die bestehenden Säulenpappeln werden langsam alt und sie haben nur wenig Abstand zu den Häusern. Mit dem Ersatz dieser Bäume kann ich mich deshalb einverstanden erklären. Ich bin froh, dass die Ersatzbäume grösser sein werden als die Stauden vor der Metzgerei. Hingegen habe auch ich meine Bedenken bezüglich der Ampel. Wer mit dem Velo von Westen her gegen das Kongresshaus einspuren will, wartet noch länger, als wer zu Fuss von Osten her kommt. Diese Situation ist unbefriedigend und viele Velofahrende weichen über das Trottoir aus. Einen weiteren Gefahrenpunkt sehe ich beim Fussgängerstreifen Einmündung Zukunftsstrasse: Durch die Insel entsteht eine künstliche Verengung. Dies könnte dazu führen, dass beschleunigende Autos Velofahrende abdrängen. Mit etwas schmaleren Trottoirs könnte diese Gefahr wahrscheinlich behoben werden.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich danke für die Zustimmung zu diesem Geschäft. Es scheint unbestritten zu sein. Wie Frau Strobel richtig erwähnte, handelt es sich im erweiterten Sinn um ein Esplanade-Geschäft. Das zu sanierende Teilstück der Silbergasse weist zurzeit einen lausigen Zustand auf. Mit dem vorliegenden Projekt wird für alle Verkehrsteilnehmenden mehr Platz geschaffen, was dringend nötig ist. Dieses Geschäft wurde übrigens auch im Verkehrsforum diskutiert. Dort treffen sich alle, die zu Verkehrsfragen etwas zu sagen haben. Dazu gehören beispielsweise der ACS, der TCS oder Behindertenvereinigungen. Auch dort war das Geschäft völlig unbestritten.

Zu den gestellten Fragen: Die 17 aufgehobenen Parkplätze werden gleich zu Beginn der Bauarbeiten ersetzt und zwar ausserhalb des Parkplatzes beim Kongresshausareal. Das Anwohnerprivileg bleibt gewahrt. Die Ersatzparkplätze kommen billiger zu stehen als angenommen, weshalb sich der projektierte Betrag reduziert. Wie Herr Köhli erwähnte, werden die zu fällenden Bäume ersetzt. Da die Strasse ziemlich breit wird, könnte sie zum Beschleunigen animieren. Die Verengungen durch die Verkehrsinseln dienen deshalb zum Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmenden. Nun werden sie als Schikane interpretiert. Wie man es macht, ist es falsch... ich bin jedoch überzeugt, dass die Inseln am richtigen Ort zu stehen kommen. Zur Einstellung der Ampeln wünschen sich auch die AutofahrerInnen längere Grünphasen, nicht nur die VelofahrerInnen. Persönlich finde ich die Grünphasen ungefähr ausgeglichen. Vielleicht müssen FussgängerInnen tatsächlich etwas länger warten. Die Baudirektion ist noch am austesten, welche Einstellung die beste ist. Dieses Thema wurde auch im Verkehrsforum diskutiert und die Teilnehmenden waren der Meinung, die heutige Lösung funktioniere nicht schlecht. Es ist mir klar, dass grosse Lastwagen trotz dem zu erstellenden Anlieferungsparkplatz weiterhin bei der Treppe Kongresshaus ausladen werden. Mit dem geplanten Parkplatz wurde einfach eine etwas bessere Lösung gesucht. Leider kann die Anlieferung nicht noch näher ans Hochhaus verschoben werden, da sie sonst in den Grünbereich der gestern verabschiedeten Gartenanlage des Kongresshauses zu stehen käme. Das Gebiet östlich des jetzigen Standorts ist unterkellert und kommt daher aus statischen Gründen nicht in Frage. Dieses Geschäft ist für die Stadtentwicklung und für den Verkehrsfluss wichtig. Wie gesagt, wurde es im Verkehrsforum diskutiert und es war unbestritten. Wichtig scheint mir, dass der Betrag im Beschlussesentwurf um CHF 60'000.- gesenkt werden kann, da die Ersatzparkplätze billiger kommen als vorgesehen. Der Totalbetrag ist also CHF 1'940'000.-.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 10. Dezember 2010, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt Silbergasse Neugestaltung 3. Etappe, Zentralstrasse - Murtenstrasse wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von CHF 1'940'000.00, davon zu Lasten der Verwaltungsrechnung CHF 1'540'000.00 und der Sonderrechnung Elektrizität CHF 400'000.00 bewilligt.

2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

35. Postulat 20100184, Barbara Chevallier, Fraktion SP, "Umsetzung des Schulreglements der Stadt Biel"

(Text des Postulats und Antwort de Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Chevallier Barbara, PSR: La réponse du Conseil municipal à mon postulat sur la mise en œuvre du Règlement scolaire m'a sérieusement interpellée. Je demandais un rapport qui dresse, en quelque sorte, un état des lieux de l'école biennoise aujourd'hui, une année après que le nouveau Règlement scolaire ait été introduit. Le Conseil municipal propose d'adopter mon postulat et d'établir un rapport étendu sur l'école. Je devrais donc être satisfaite. Et pourtant, je ne le suis pas. J'ai plutôt l'impression que ma demande n'a pas été entendue, l'impression d'un dialogue de sourds et je vais vous expliquer pourquoi.

Je demandais que l'on mesure, par une prise de température sur le terrain, l'impact que la mise en œuvre du Règlement scolaire a sur le monde scolaire. On me répond: souci de garantie de qualité et transparence de processus. Je souhaitais des informations sur l'état d'esprit du corps enseignant, mais on me parle de stratégie de formation. Je questionnais les effets de la constitution des nouvelles entités scolaires, de la fusion de l'école enfantine et de l'école primaire, du transfert des tâches entre commissions, directions et Écoles & Sport et on me répond, qu'un rapport élargi sera établi, mais pas à court terme. Je demandais ce rapport au terme d'une année et le Conseil municipal me répond: dans trois ans. Non, je ne suis vraiment pas satisfaite. Le mot qualité apparaît non moins de sept fois dans la réponse du Conseil municipal. Nous souhaitons tous une école de qualité. Que le développement de la qualité dans nos écoles soit l'objectif des autorités scolaires, je m'en félicite, mais pour avoir une école de qualité, il faut des conditions cadres, qui soient de qualité. En adoptant le nouveau Règlement scolaire, le Conseil de ville a modifié en profondeur ces conditions cadres, en particulier pour l'école enfantine et pour l'école primaire. Il porte la responsabilité de s'assurer, que les réformes n'entravent pas la bonne marche de l'école et sont portées par tous les acteurs de l'école. Le Département Ecoles & Sport doit être attentif à la manière dont les réformes sont perçues et appliquées, aux problèmes éventuels rencontrés et le Conseil de ville doit en être informé.

Pour avoir participé à l'élaboration du Règlement scolaire, je sais le nombre de questions qui se sont posées, par rapport aux changements. Des choix, qui n'étaient pas faciles, ont été faits et qui ont eu des conséquences parfois importantes sur le travail quotidien et l'organisation des directions et des enseignant(e)s. Des postes ont

été modifiés et d'autres ont été créés. Des enseignant(e)s et des directeurs/directrices ont changé d'école et certaines personnes ont changé de fonction. Elles font face à de nouvelles responsabilités. L'appui administratif a changé de mains. Ces changements ont indiscutablement un impact sur le facteur humain.

- Comment cela se passe-t-il?
- Y-a-t-il des difficultés, des échos positifs?
- Les entités scolaires, telles que nous les avons imaginées, fonctionnent-elles?
- Les enseignant(e)s de l'école infantine se sentent-ils/elles entendu(e)s et soutenu(e)s par leur nouveau directeur?
- L'Administration d'Ecoles & sport fait-elle face au transfert de compétence des commissions d'écoles?

Je sais qu'il est difficile d'évaluer l'impact des réformes introduites par la mise en œuvre du Règlement scolaire, indépendamment des réformes sur l'intégration ou l'école à journée continue introduites par le Canton. C'est pourquoi je pose des questions précises, qui devraient permettre de donner une première idée sur des points concrets.

Avec ce postulat, je ne demandais pas une réponse exhaustive ou un rapport étendu, mais bien une prise de température, un premier écho. C'était pour moi, à la fin d'une année, l'occasion de faire un premier constat. Lorsque je discute avec des membres du corps enseignant, j'entends qu'il y a des ouvertures, des évolutions positives et de nouvelles dynamiques qui se mettent en place, mais j'entends également une certaine frustration, surtout en ce qui concerne quelques bugs administratifs, des pannes de communication et quelques craintes ou difficultés à accepter certains transferts d'autorité. De toute manière, imaginer qu'un tel changement de structures en profondeur se fasse sans frottements, aurait été très naïf. Par contre, il est très important de diagnostiquer suffisamment tôt si ces frottements ne sont que passagers et dus aux changements ou s'ils reflètent des problèmes structurels. Dans ce cas, il faut réfléchir à d'autres aménagements et apporter des solutions, pour que chacun puisse accomplir sa tâche dans les meilleures conditions.

Une chose me réjouit cependant. Dans sa réponse, le Conseil municipal parle d'organiser un large débat avec tous les acteurs concernés sur la vision de l'école à Bienne et de mener à bien une analyse en profondeur de l'état actuel de l'école, base de la stratégie de formation de 2014. C'est bien, c'est même très bien, mais cela ne permet pas, me semble-t-il, de faire l'économie de répondre aux questions actuelles posées dans le postulat, qui doivent être couvertes par le biais d'un rapport demandé. Je terminerai donc, en demandant que le rapport souhaité soit fourni dans un délai de deux ans maximum, ce qui est conforme à un postulat et non trois comme mentionné dans la réponse, parce qu'il me semble essentiel, qu'ayant joué un rôle actif dans l'adoption du nouveau Règlement scolaire, les membres du Conseil de ville soient tenus informés de comment les choses se passent sur le terrain et ce, le plus rapidement possible. Merci.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Le Conseil de Ville a mené un large débat sur le Règlement scolaire, qui a été contesté pour des questions formelles, mais qui, je le rappelle avec plaisir, n'a pas été contesté sur le fond. Ce débat nous sert donc pour traiter de la "Stratégie de la formation" au Conseil municipal et il sert de lignes directrices maintenant et pour les années à venir. J'ai aussi dit, qu'il était nécessaire d'engager un débat plus large,

pour arriver à des conclusions sur l'état de l'école biennoise, les besoins et demandes, les attentes, etc.

Le Conseil municipal répond aux questions du postulat en expliquant ce qui a été fait. Naturellement, les questions plus précises, qui ont été posées par Madame Chevallier dans le postulat, trouveront une réponse. Il ne s'agit pas de noyer le poisson. Vous avez des préoccupations bien précises et donc vos questions, qui sont des questions que beaucoup de monde se pose, doivent trouver une réponse. J'aimerais ici vous rassurer, car le postulat vous permettra d'obtenir une réponse dans les deux ans et vous l'aurez. Le corps enseignant est mécontent sur un certain nombre d'affaires. En fait, le Règlement scolaire est un des éléments qui entre en ligne de compte, pour expliquer ce mécontentement. Le changement est souvent cause de mécontentement et ce changement ne se produit pas seulement au niveau municipal, mais aussi au niveau cantonal, avec la définition des tâches des directions d'école. Beaucoup de changements, qui touchent le corps enseignant, ont par conséquent des incidences sur la perception des enseignants sur leur métier, l'école et la politique scolaire. C'est complexe et il faut se donner la peine de faire un travail de fond, pour répondre à des questions précises, comme celles que vous avez posées et pour pouvoir placer les réponses dans un contexte plus large, de manière à formuler les mesures correctives, J'espère vous avoir rassurée. Dans tous les cas, l'intention du Conseil municipal est d'aller dans cette direction et de vous donner les meilleures réponses possibles.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

36. Überparteiliches Postulat 20100216, Nathan Güntensperger, GLP, Patrick Calegari, BVP, Franziska Molina, EVP, Martin Rüfenacht, FDP, "Pilotprojekt zu KITAs in Biel/Bienne - Vorgehen beim Kanton prüfen"

(Text des überparteilichen Postulats und Antwort de Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Güntensperger Nathan, GLP: Die familienexterne Betreuung von Kindern wird zurzeit von öffentlichen und privaten Krippen und Tagesschulen gedeckt. Für die öffentlichen Einrichtungen werden den Gemeinden vom Kanton Gelder zur Verfügung gestellt, nicht aber für die privaten. Diese sogenannte Objektfinanzierung erlaubt es nach Ansicht der Postulierenden nicht, genügend flexibel auf entsprechende Bedürfnisse von berufstätigen Eltern zu reagieren. Mit einer Subjektfinanzierung, das heisst mit Betreuungsgutscheinen, die von den Eltern bei Institutionen ihrer Wahl eingesetzt werden könnten, könnte der Markt geöffnet und dementsprechend flexibler gestaltet werden. Wie in der Antwort des Gemeinderats erwähnt, könnten dadurch die öffentlichen und die privaten Institutionen gleichgestellt werden. Es kann nicht sein, dass nur staatliche Einrichtungen lastenausgleichsberechtigt sind und den Eltern die freie Wahl der Kindertagesstätte verwehrt bleibt. Die Postulierenden akzeptieren die Antwort des Gemeinderates unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass zum Zeitpunkt des Vorstosses, respektive dessen Beantwortung, für Biel tatsächlich keine

Möglichkeit bestand, Betreuungsgutscheine einzuführen und über den Lastenausgleich abzurechnen. In der Zwischenzeit ist aber im Grossen Rat die überparteiliche Motion 221-2010, "Externe Kinderbetreuung: Gleich lange Spiesse für KMUs und Staatsbetriebe" angenommen worden. Sie passt die rechtlichen Grundlagen dahingehend an, dass zukünftig Gemeinden auch das System der Subjektbetreuung mit Betreuungsgutscheinen über den Lastenausgleich abrechnen können. **Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, das Postulat erheblich zu erklären.**

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Groupe des Verts est très satisfait par la réponse du Conseil municipal, qui est complète et qui met bien le point sur les finances, donc sur les surcoûts qu'engendrerait ce nouveau système. De plus, les crèches seraient mises sous pression et en concurrence, ce qui serait inacceptable. Nous voulons de la qualité pour les enfants et pour les employé(e)s. C'est pour cette raison, que le Groupe des Verts est d'accord de rejeter ce postulat.

Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste: Après la motion, voici le postulat. Dans cette histoire, on tourne en rond. Comme les choses n'ont pas bougé au niveau cantonal bernois, les mêmes demandes reviennent. Le Conseil municipal, dans sa réponse, montre bien que la solution de Lucerne profite principalement aux familles ayant des revenus moyens et très peu aux familles avec de bas revenus, qui sont pourtant le public cible de cette démarche. Le Canton ne laisse aucune marge de manœuvre à la Ville. En effet, il émet des bases légales contraignantes. La Ville ne peut donc rien modifier à ce niveau. Il faut toutefois souligner, que la Ville ne reste pas les bras croisés. Avec la création des écoles à journée continue et les places supplémentaires dans les crèches subventionnées, la majeure partie de la demande est d'ailleurs déjà couverte.

Le Groupe socialiste refuse donc cette nouvelle tentative des partis bourgeois, de faire que le domaine des crèches soit géré de manière entrepreneuriale, car pour notre part, nous nous engageons pour un service public efficace. Que ceux qui n'en veulent pas se financent leur service privé! Le Groupe socialiste refuse ce subventionnement indirect des crèches privées. Nous refusons que certains s'enrichissent sur le dos de la collectivité. Nous prônerons toujours un service public efficace. Le Groupe socialiste vous remercie donc de rejeter ce postulat et de suivre ainsi la proposition du Conseil municipal.

Pichard Alain, GLP: Von der SP weiss ich, dass sie ein staatliches Schulangebot wünscht und in ihren Augen Staat mit Qualität gleichgesetzt wird. Die Aussagen der Grünen erstaunen mich aber. Herr Regierungsrat Pulver ist zurzeit daran, die ausserfamiliäre Kinderbetreuung zu flexibilisieren, damit auch private Anbieter vom Lastenausgleich profitieren können. Im Kanton Luzern wurde dies bereits realisiert und die Resultate sind sehr positiv. Es ist einfach so, dass der Staat nicht alles machen kann. Er kann nicht flexibel auf alle Bedürfnisse reagieren. Mit etwas Konkurrenz könnte vielleicht sogar die Effizienz verbessert werden. Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich nur um ein Postulat, das heisst, der darin enthaltene Vorschlag wird geprüft. Wenn der Kanton nun eine solche Änderung anstrebt, kann dieses Postulat doch angenommen und geprüft werden. Ich verstehe die Opposition der Grünen nicht.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Effectivement, on voit du mouvement au niveau du Grand Conseil, mais une hirondelle ne fait pas le printemps. Une intervention au Grand Conseil, qui est acceptée, ne signifie pas encore le changement du système. Pour un changement de système, il faut encore attendre quelque temps, jusqu'à ce que le Canton ait réfléchi aux avantages et aux désavantages d'un tel changement. Le projet-pilote de Lucerne est un exemple, qui a amené davantage de places à disposition, mais aussi des subventions supérieures. Donc, ce n'est pas forcément le système qui crée plus de places, mais l'augmentation de subventions. C'est un peu aller vite en besogne, que de penser qu'en changeant de système, on arriverait mieux à répondre à la demande. Tant qu'il n'y a pas, sur le plan cantonal, de signes clairs de changement, il n'y a aucune raison d'aller dans cette direction. Nos préoccupations ne sont pas de mettre sur pied des systèmes ou des structures qui n'ont pas encore un ancrage cantonal, puisque ce domaine est clairement financé par le Canton. Il a d'ailleurs été démontré, au cours des années passées, que dans le système actuel, on était vraiment excellent pour assurer la qualité des offres et pour les développer. Par conséquent, il n'y a pas de quoi trop se plaindre. Dès que le système aura changé sur le plan cantonal, s'il change un jour, ce dont je doute fortement, nous exploiterons toutes les possibilités cantonales pour développer l'offre à Bienne.

Je vous recommande donc vivement de rejeter ce postulat, qui n'amènerait guère plus loin, que de vous faire des résumés et des réflexions au niveau cantonal. D'autre part, j'encourage vivement les membres du Groupe des Verts libéraux ainsi que les personnes qui soutiennent ce postulat, à plutôt intervenir auprès de vos députés au Grand Conseil, pour qu'ils agissent dans le sens que vous souhaitez et non pas pour mener des débats ici, qui n'ont aucune chance d'avoir une efficacité quelconque.

Abstimmung

über den Antrag von Herrn Güntensperger, das überparteiliche Postulat 20100216 erheblich zu erklären.

Der Antrag wird abgelehnt.

37. Motion 20100227, Teres Liechti Gertsch, Fraktion SP, "Öffentlicher Kinderspielplatz im Gebiet des Kongresshausareals"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion in den Punkten 1 und 2 erheblich zu erklären und in Punkt 3 in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich zu erklären.

Liechti Gertsch Teres, Fraktion SP: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Sie hat Gehalt und ist in den Hauptpunkten schlüssig. Auch im direkten Telefongespräch mit der Baudirektion zeigte sich, dass sich die Verantwortlichen Überlegungen machen und das Anliegen ernst nehmen. Es ist allen klar, dass im

Gebiet Zukunftstrasse - Kongresshausareal eine Spielgelegenheit nötig ist und es sind sich alle einig, dass der geeignete Platz dafür im Kongresshausgarten ist. In Punkt 3 des Vorstosses verlangte ich ein Provisorium für den Fall, dass sich der Baubeginn für das Teilprojekt Esplanade - Kongresshausgarten für längere Zeit verzögern sollte. Für kleine Kinder sind Jahre Jahrzehnte. Ich möchte nicht, dass noch bis ins Jahr 2015 kein Kinderspielplatz entsteht. Über diesen Punkt diskutierte ich nochmals mit der Baudirektion. Anlässlich der gestrigen Diskussion im Stadtrat wurde klar, dass mit der Gestaltung des Kongresshausgartens im Herbst 2011 begonnen werden soll. Nun geht es noch um die Baubewilligung. Wenn alles gut geht, kann termingerecht mit den Arbeiten begonnen werden. Es ist aber klar, dass niemand im November einen neuen Spielplatz baut. Dieser wird also wohl erst im Frühling 2012 realisiert. Es ist fraglich, ob für die Zeitspanne von einem Jahr ein Provisorium errichtet werden soll. Ein weiteres Jahr ohne Spielplatz ist zwar unerfreulich, aber ein Provisorium kostet Geld. Es gilt Sicherheitsaspekte zu beachten und die Stadt darf nicht pfuschen. Beim Provisorium ginge es um einen Betrag von ungefähr CHF 10'000.- für Fundamente usw., welche für den definitiven Spielplatz nicht mehr gebraucht werden. Im Sinn eines sorgsamen Umgangs mit den Stadtfinanzen bin ich deshalb auch der Meinung, dass sich die Kinder halt ein weiteres Jahr werden gedulden müssen. Die Baudirektion verpflichtet sich aber, bis spätestens im Frühling 2012 mit dem Spielplatzprojekt zu beginnen. Eine Verzögerung bis Herbst 2012 oder gar Frühling 2013 kommt nicht in Frage. Die Baudirektion ist bereits an der Ausarbeitung dieses Projekts und sieht den Vorstoss als Impuls. Alles ist auf guten Wegen. Mit der Umwandlung von Punkt 3 in ein Postulat bin ich deshalb einverstanden. Ich hoffe, der Baudirektor sei mit mir zufrieden. Beim vorher besprochenen Vorstoss zum Theaterfoyer sagte er mir nämlich, ich hätte bereits beinahe zum ersten Mal das Kollegialitätsprinzip verletzt. So ist es aber nicht, denn ich bin nach wie vor im Stadtrat...

Arnold Marc, SP: Grundsätzlich finde ich Kinderspielplätze eine gute Sache und ich stimme dieser Motion in der Fraktion zu. Es muss aber darauf geachtet werden, dass solche Kosten nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Frau Liechti Gertsch begründete, weshalb sie diesen Kinderspielplatz wichtig findet: Eigenheimbesitzende und Bauherrschaften stellen zu wenig Platz zum Spielen zur Verfügung. Es ist klar, dass in einer Stadt solcher Platz trotz der Innenhofregelung oft fehlt. Dazu habe ich ein schönes Beispiel: Das Baugesuch 22179 beleuchtete ich im Stadtrat kritisch: Gesuchsteller ist die Baugesellschaft BeauRivage, Standort ist Vingelz. Es geht mir um die beiden Ausnahmen, welche am 7. April 2010 publiziert wurden. Einerseits soll die Baulinie überschritten werden und andererseits stand zu wenig Platz für Kinderspielplätze zur Verfügung. Die Häuser sollen also auf Kosten des für den Spielplatz nötigen Freiraums grösser gebaut werden als in der Bauzone erlaubt. Beide Ausnahmen wurden von der Baubewilligungsbehörde genehmigt. Der Kinderspielplatz soll nun auf die öffentliche Grünfläche ausgelagert werden. Klar, verdichtetes Bauen ist immer angesagt. Ich bin aber der Meinung, dass es kritisch beleuchtet werden muss, wenn dadurch Raum für Kinderspielplätze verloren geht und dann einfach die Allgemeinheit dafür aufkommen muss. Die Stadt sollte die dadurch anfallenden Kosten der Bauherrschaft verrechnen können.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

38. Postulat 20100228, Nathan Güntensperger, GLP, "Liegenschaften der Stadt Biel als Standorte für Solarstrom"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Güntensperger Nathan, GLP: Ich möchte dem Gemeinderat danken für die positive Aufnahme dieses Vorstosses und die Absicht, die darin gestellten Forderungen weitgehend erfüllen zu wollen. Die Idee hinter dem Postulat hat verschiedene Ursprünge. Zum einen besitzt die Stadt Biel eine grosse Anzahl Liegenschaften (die meisten davon tatsächlich mit Dächern), die nur darauf warten, genutzt zu werden. Zum anderen wurde in der Finanzstrategie dargelegt, dass neue Einnahmequellen für die Stadt erschlossen werden müssen, um zusammen mit dringend nötigen Einsparungen bis im Jahre 2013 wieder ein ausgeglichenes Budget zu erreichen.

Die in der Antwort bereits genannte und geplante Solaranlage auf den Stades de Bienne, die private Anlage von Hansruedi Suter auf den beiden Dächern der Lago Lodge in Nidau sowie diese grossen, alten, gezahnt aussehenden Industriedächer brachten mich auf die Idee dieses Postulates. Wieso nicht alle städtischen Flächen nutzen, die nutzbar sind? Wie der Gemeinderat dargelegt hat, ist es tatsächlich so, dass die kostendeckende Einspeisevergütung (=KEV) für Fotovoltaikanlagen bereits für mehrere Jahre vergeben ist. Aber es regt sich nationaler Widerstand, der den Fotovoltaikanlagen einen grösseren finanziellen Rahmen ermöglichen will. So wurde bereits jetzt der Anteil der Fotovoltaik an der KEV von 5% auf 10% erhöht. Die KEV selber wurde von CHF 350 Mio. auf 500 Mio. erhöht. Zudem wird die KEV in nicht allzu ferner Zukunft sowieso nicht mehr so wichtig sein. In den nächsten fünf bis zehn Jahren wird die Netzparität erreicht sein. Dann wird der Solarstrom vom eigenen Dach genauso teuer sein, wie der Strom aus der Steckdose. Spätestens dann muss sich die Stadt mit ihren Dächern auf dem Markt behaupten. Darum tut Biel gut daran, ein solches Nutzungskonzept schnell zu erstellen um, wenn die Netzparität erreicht ist, bereit zu sein, potenziellen Investoren diese Dächer anbieten zu können oder sogar selber darauf Strom produzieren zu können und damit ein kleines Stück weniger auf den unsäglichen mühlebergschen Atomstrom angewiesen zu sein.

Zwei Fragen und Anmerkungen möchte ich noch anbringen. Der Gemeinderat schreibt: *„Der Gemeinderat ist bestrebt, eine Potenzialanalyse vorzunehmen bei allen Liegenschaften, die sich im städtischen Eigentum befinden und ist gewillt, diesbezüglich gewisse Schwerpunkte zu setzen. Jedoch ist nicht eine flächendeckende ökologische Nutzung vorgesehen“*, und weiter unten: *„Der Gemeinderat ist deshalb mit dem ESB bereit, ein solches vom Postulanten gefordertes Nutzungskonzept auszuarbeiten“*. Meine erste Frage lautet nun: Was versteht der Gemeinderat unter „gewisse Schwerpunkte“ und weshalb will er nicht eine flächendeckende ökologische Nutzung anstreben? Meine zweite Frage lautet: Bis wann ist mit der Potenzialanalyse und dem Nutzungskonzept zu rechnen?

Die Anmerkungen dazu: Es geht mir nicht primär darum die Stadt, respektive den ESB, zu einer Bewirtschaftung dieser Flächen zu verpflichten. Jedoch sollten alle sinnvoll zu nutzenden Flächen in ein Kataster, analog der Stadt Osnabrück, aufgenommen werden, um an potenzielle Investoren abgegeben werden zu können.

Dabei sollten sich Lage und Grösse der möglichen Anlage im Mietpreis niederschlagen. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, dass diese Anlagen wahrscheinlich erst in einer mittelfristigen Zukunft gewinnbringend betrieben werden können. Dies sollte aber bei der Ausgestaltung der Mietpreise berücksichtigt werden.

Des Weiteren schreibt der Gemeinderat: *„Bei den geplanten Stades de Bienne beispielsweise ist vorgesehen, das gesamte Dach zur Energieerzeugung zu nutzen. Die Stadt Biel hätte damit eine der grössten Fotovoltaik-Anlagen der Schweiz, noch grösser als die Stadt Bern mit ihrer Anlage auf dem Dach des Stade de Suisse“*. Das ist schön und die Stadt darf sich da auch mal auf die Schulter klopfen. Aber: Die Stades de Bienne sind noch nicht gebaut und einem ersten Schritt in eine ökologischere Zukunft auf den Dächern Biels muss der nächste folgen.

In Deutschland würden 1.8% der Bodenfläche reichen um den gesamten Strombedarf über Fotovoltaik zu decken, dies unter der Bedingung eines Wirkungsgrades der Module von 12% (heute sind bis 20% durchaus möglich) sowie eines Wechselrichterwirkungsgrades von 96%. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche beträgt in Deutschland 13.1% des Landvorrates. In Osnabrück wurde Anfang 2008 eine Studie vorgestellt, die zum folgenden Ergebnis kam: Auf 27'500 Gebäuden sind 2 km² Dachfläche für die Fotovoltaik-Nutzung geeignet. Über diese Fläche könnte der derzeitige Strombedarf aller Privathaushalte von Osnabrück gedeckt werden. Lasst uns in Biel die Weichen zu einer für die Zukunft möglichst eigenständigen Energieversorgung stellen. Ich bitte den Stadtrat, das Postulat zu unterstützen.

Augsburger-Brom, Fraktion SP: Die Fraktion SP unterstützt das vorliegende Anliegen. Die Beantwortung lässt jedoch zu wünschen übrig. Biel ist Energiestadt und im Hinblick auf dieses Label wäre eine detailliertere, konkretere und motiviertere Antwort wünschenswert gewesen. Die geplante Fotovoltaikanlage auf dem Dach der zukünftigen Stadien ist ohne Zweifel ein Vorzeigeprojekt, muss aber bis zur Realisierung noch einige Hürden schaffen. Dass wegen der Einspeisung darauf geachtet wird, grössere Anlagen zu bauen, ist richtig. In der Beantwortung fehlen jedoch strategische Zielvorstellungen und es werden auch keine anderen sinnvollen Visionen genannt. Andererseits finde ich die Bemerkung, dass die Schweiz für die Nutzung der Solarenergie nicht durchwegs optimal sein soll, überflüssig. Dieses Argument kann die Attraktivität und Wichtigkeit der zukunftsweisenden Sonnenenergie nicht schmälern. Ich hoffe, dass sich der Gemeinderat nicht von der Strategie der BKW verleiten lässt, sondern standfest weiterhin und wie vorgesehen auf erneuerbare Energie und auf die Zukunft setzt. Nichts desto trotz ist die Schlussfolgerung zufriedenstellend. Die Fraktion SP empfiehlt dem Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Groupe des Verts soutient le postulat des Verts libéraux. Le Conseil municipal montre, depuis le début de la législature, une volonté de plus en plus marquée en faveur du développement des énergies renouvelables. Dans le domaine du solaire, les "Stades de Bienne" devraient accueillir un projet encourageant. L'utilisation maximale du potentiel des immeubles de la Ville devrait être une suite logique. Mais, c'est également aux personnes privées de faire un pas, grâce au soutien financier de la Confédération. Dans un futur concept d'utilisation, on peut s'imaginer un contrat, où ESB rachèterait l'excédent de production aux personnes privées, qui auraient opté pour une

installation solaire, comme c'est le cas actuellement à Zurich. Le Groupe des Verts salue au passage ESB, qui réalise un énorme travail, afin de développer au maximum le potentiel des énergies renouvelables et permet ainsi de se délier un petit peu des Forces motrices bernoises et de leur courant nucléaire.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Die aus der Antwort ersichtliche Strategie scheint unbestritten zu sein. Es wird jedoch moniert, der Gemeinderat sei noch in den Kinderschuhen, was ich nicht ganz bestreite. Die Frage von Herrn Güntensperger betreffend der Potenzialanalyse kann ich wie folgt beantworten: Die Stadt beginnt mit Vorstudien. Die Schwerpunktsetzung wird sicher nicht quartierweise erfolgen. Vielmehr werden in der ganzen Stadt Flächen gesucht, welche aufgrund ihrer Grösse, Neigung und Sonneneinstrahlung für Fotovoltaikanlagen geeignet sind. Ein umfassender Bericht ist im Jahr 2013 zu erwarten.

Gurtner Roland, Passerelle: J'aimerais remercier et féliciter Monsieur Güntensperger pour son intervention ainsi que pour son éclairage très intéressant. Il a posé une question à laquelle, je crois, que Monsieur Klopfenstein n'y a pas répondu: pourquoi la Ville ne prévoit-elle pas une utilisation écologique généralisée? Ce qui m'étonne un peu, car effectivement en ce qui concerne le photovoltaïque, la parité réseau va être bientôt atteinte, c'est-à-dire que les personnes et les propriétaires qui installeront des panneaux solaires sur leur toit auront un courant électrique meilleur marché, que celui qu'ils achèteraient sur le réseau. Et c'est pour cette raison, que j'aurais préféré que la Ville dise, que l'utilisation écologique généralisée est envisagée et possible à l'avenir et non pas prévue.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Die Stadt kann nur auf ihre eigenen Gebäuden Einfluss nehmen, die sich im Verwaltungsvermögen befinden. Dazu gehören zum Beispiel die Schulanlagen. Private Eigentümer zu verpflichten ist sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Deshalb können die vorgesehenen Abklärungen nicht flächendeckend auf dem ganzen Stadtgebiet gemacht werden, sondern nur bei Gebäuden im Einflussbereich der Stadt.

Der Antrag des Gemeinderates wird vom Stadtrat nicht bestritten.

39. Dringliches Postulat 20100303, Alain Nicati, PRR, "Stadtratssaal in der Burg"

(Text des dringlichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Das Stadtratsbüro beantragt dem Stadtrat, das dringliche Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Nicati Alain, PRR: Ce postulat a été déposé, pour savoir: quand le Conseil de ville retournera-t-il à la salle du Conseil de ville du Bourg? Cette affaire devenait lentement un serpent de mer, parce que l'on parle beaucoup, mais rien ne se fait! Le postulat proposait que le Conseil de ville puisse siéger dans ses locaux habituels au plus tard dès fin mars 2011. La réponse est claire: *"Il serait possible que le Conseil de ville siège à nouveau au Bourg dès mai 2011"*. C'est merveilleux, merci beaucoup,

siégeons de nouveau dans la salle du Conseil de ville, tel que c'est écrit dans la réponse, en mai 2011. C'était aussi le but de cette intervention.

Le postulat demandait également, qu'au plus tard en décembre 2010, le Conseil de Ville soit en possession du projet de règlement concernant l'attribution et l'exploitation de la salle du Conseil de ville. Le 17 décembre 2008, les présidents de groupes ont déposé un projet de règlement au Bureau du Conseil de ville. La réponse du BCV est la suivante: *"Un premier projet est déjà disponible, mais devra être retravaillé lorsque la collaboration entre la Haute école des arts de Berne (HEAB) et la Ville de Bienne aura débuté"*. Donc, le projet de règlement n'est pas pour demain! Merci encore au Bureau du Conseil de ville pour avoir répondu à mon postulat et d'après cette réponse, le Conseil de ville se réjouit de pouvoir siéger au Bourg au mois de mai. À ce moment, il faudra ouvrir une bonne bouteille!

Der Antrag des Stadtratsbüros wird vom Stadtrat nicht bestritten.

40. Postulat 20100229, Anna Tanner, Fraktion SP, "Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Tanner Anna, Fraktion SP: Als ich die Beantwortung des Postulats las, stellte ich fest, dass sich die Diskussionsgrundlage zu diesem Thema total verändert hat. Auf meine Begründung für das Postulat ging der Gemeinderat praktisch nicht ein. Es ist mir schon klar, dass die Wahl einer Grossbank für städtische Finanzgeschäfte wirtschaftlich gesehen profitabler ist. Aber: sind Wirtschaftlichkeit und Profit alles, was zählt? Nein! Im Postulat ging es gerade eben nicht darum. Es geht vielmehr um die Art und Weise, wie die Banken ihre Geschäfte tätigen. Aus dem Postulat geht klar hervor, was die SP an diesen Banken kritisiert. Es handelt sich um Dinge, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit oft diskutiert und kritisiert wurden. Dazu gehören die immensen Lohnunterschiede zwischen Topkader und Angestellten sowie die unverhältnismässigen Bonusauszahlungen trotz staatlichen Rettungsaktionen, welche durch die ganze Nation mitfinanziert werden mussten. Diese Grossbanken geschäften nicht nur bei uns in der Schweiz, sondern weltweit sehr unethisch und mit viel Gleichgültigkeit. So finanzieren sie zum Beispiel für viele Länder den Waffenkauf. Es gibt viele Beispiele von menschenrechtsverletzenden Situationen, an welchen die UBS zu einem grossen Teil beteiligt war. Abschliessend beziehe ich mich auf ein Zitat aus einem Musikstück eines Schweizer Musikers: *"Genug kritisiert, jeder weiss wer der Böse ist, aber jetzt werden wir Teil einer Lösung."* Weshalb soll nicht auch Biel Teil einer Lösung werden und wenigstens in dieser Stadt einen Schlusstrich unter die Machenschaften dieser Banken ziehen? **Deshalb stelle ich den Antrag, das Postulat erheblich zu erklären.**

Rüfenacht Daphné, Fraktion Grüne Biel: Die Fraktion Grüne begrüsst das Anliegen der Postulantin. Sie ist sich bewusst, dass eine kleine Stadt wie Biel mit einem solchen Vorstoss keinen Druck auf eine Grossbank ausüben kann. Trotzdem: mit

einer Überweisung würde Biel ein Signal geben für ein Handeln mit mehr Ethik. Wenn niemand etwas ändert, steht die nächste Krise vor der Tür. Ich möchte nicht, dass die Öffentlichkeit nochmals einspringen muss.

Fehr Erich, Finanzdirektor: Heute ist vielleicht ein ungünstiger Abend, um über solche Gelder zu sprechen. Ich nehme an, dass heute einige Grossbanken daran sind, die Gelder von Gaddafi zu sperren... Dies ändert die grundsätzliche Haltung des Gemeinderats jedoch nicht. Selbstverständlich ist auch der Gemeinderat nicht der Meinung, unethisches Geschäftsgebaren sei speziell förderungswürdig. Auch ist es klar, dass keine Beihilfe zu extremen Vorgängen wie Völkermord, Massenvernichtung usw. geleistet werden soll. Bei allem Respekt für die moralischen Vorbehalte, welche ich übrigens teile, muss ich als Finanzdirektor klar sagen, dass es gar nicht so viele Finanzinstitute gibt, gibt, welche die für die Stadt nötigen Transaktionen anbieten können. In Biel sind beide Grossbanken ansässig. Wenn die Stadt nicht mehr mit diesen geschäften würde, wäre dies möglicherweise ein Beitrag dazu, dass Angestellte des mittleren Kaders, die in Biel wohnen und Steuern zahlen, ihre Stelle verlieren. Die Boni der Topkader würden deswegen nicht sinken. Eine solche Massnahme würde also wahrscheinlich die Falschen treffen. Vorliegend geht es um ein Postulat. Falls Frau Tanner an diesem Postulat festhält und der Stadtrat es überweisen sollte, würde sich an der Antwort nichts ändern. Die verlangte Prüfung wurde nämlich bereits vorgenommen und das Ergebnis liegt mit der Beantwortung des Postulats vor. Die Stadt hat keine Möglichkeit, nicht mehr mit diesen Grossbanken zu arbeiten. Zudem geht es wie gesagt nicht darum, Personen zu bestrafen, die hier in Biel wohnen und arbeiten, indem ihr Arbeitgeber an den Pranger gestellt wird. Im Namen des Gemeinderats empfehle ich dem Stadtrat, dieses Postulat nicht erheblich zu erklären.

Abstimmung

über den Antrag der Postulantin, das Postulat 20100229 erheblich zu erklären.

Der Antrag der Postulantin wird gutgeheissen.

41. Motion 20100259, Max Wiher, GLP, "Für ökologisch nachhaltige Grossanlagen in Biel"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Wiher Max, GLP: Mit der Antwort bin ich zufrieden. Die in der Motion angemeldeten Anliegen wurden aufgenommen. Ich danke der Stadt für die Schaffung der Grundlagen für deren Umsetzung. Ich bin damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich erklären zu lassen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich wünsche allen einen schönen Abend und eine gute Zeit bis zum nächsten Mal!

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.45 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Thomas Lachat

Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Claire-Lise Kirchhof